

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementsspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierwöchentlich 18.—Mk. für einen Monat 6.—Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postleitzettel Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 4596

Insetatenpreis: Die 7 gefaltete Kolonialzeile oder deren Raum 1.00 Mk., bei Blattwortschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gefaltete Seite 1.70 Mk.; Nellame-Kolonialzeile 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Stellung der U. S. P. zur Regierungsbildung.

Die Morgenblätter vom Sonnabend brachten in auf-fälligem Druck die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die Stellung zur Regierungsbildung enthalten. Im letzten Abschnitt war dann mitgeteilt worden, die sozialdemokratische Fraktion habe sich an den U. S. P. Vorstand mit der Frage gewendet, ob und unter welchen Umständen sie sich an einer Regierungsbildung beteiligen würde. Das Schreiben der rechtssozialistischen Fraktion an unseren Parteivorstand hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 1. Oktober 1921.

An den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

Berlin.

Werte Genossen!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung über die zur Verbreitung der Regierungsbasis gegebenen Anregungen beraten. Die Debatte ergab, daß für die Sozialdemokratische Partei nur eine Umbildung des Kabinetts Wirth in Frage kommt. Dabei wurde betont, daß die Position des Kabinetts Wirth innen- u. außenpolitisch gestärkt würde, wenn die USPD, die bisher das Kabinett Wirth wohlwollend unterstützt hat, bereit wäre, Mitglieder in das Kabinett zu delegieren.

Durch Beschluss unserer Fraktion bin ich beauftragt, Sie zu fragen, ob und unter welchen Bedingungen Sie bereit wären, in das Kabinett Wirth einzutreten.

Gleichzeitig ersuchen wir um Stellungnahme zur eventuellen Beteiligung Ihrer Partei an der Regierung in Preußen.

Ihrer baldigen Antwort sehe ich gerne entgegen.

Mit Parteigruß
für den Vorstand der USPD:
Hermann Müller.

Auf dieses Schreiben haben Zentraleitung und Reichstagsfraktion folgende Antwort erteilt:

Berlin, 1. Oktober 1921.

An den
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Berlin SW,
Lindenstraße 3.

Werte Genossen!

Auf Ihren Brief vom 1. Oktober erwidern wir Ihnen das Folgende: Die USPD hat bisher die bei der Annahme des Londoner Ultimatums gebildete Regierung Wirth in der sozialen Erfüllung des Ultimatums und der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt. Das entspricht dem Gesamtinteresse des Proletariats, das für die Politik unserer Partei bestimmend ist.

Der immer akuter werdende Kampf gegen die Reaktion und für die wirksame Heranziehung des Volkes zur Steuerleistung und zur Erfüllung des Ultimatums, ein Kampf, in dem die Massen unserer Partei mit den rechtssozialistischen, kommunistischen, christlichen und Hitler-Dunkerschen Arbeitern sowie den republikanisch gesinnten Angestellten und Beamten Schulter an Schulter stehen, schafft eine Situation, in der es das proletarische Interesse erfordert, die Regierung zu unterstützen, wenn ihre Politik die Verwirklichung der nachstehenden Mindestforderungen zum Ziel hat:

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichendes Heranziehen des Volkes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte.

2. Wirtschaftsmaßnahmen zum Schutz der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion, namentlich grundlegende Justizreform durch Übertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Wahl der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nach dem Grundsatz der Verhältniswahl;

gesetzliche Maßnahmen, die die Entfernung von Beamten, im öffentlichen Dienst Angestellten und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatdienst ermöglichen, die monarchistischen Ausschaffungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes befinden.

3. Fortführung der Sozialpolitik.

4. Sozialisierung des Bergbaus.

5. Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, ausrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Ultimatums zu erfüllen.

Wenn die SPD an uns die Frage stellt, „ob und unter welchen Bedingungen die USPD bereit wäre, in das Kabinett Wirth einzutreten“, so müssen wir vor der Beantwortung dieser Frage unsreits fragen, ob alle Koalitionsparteien dazu bereit sind, mit der USPD eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung obenstehender Forderungen als ihr Mindestprogramm betrachtet.

Deshalb ersuchen wir die Leitung der SPD, zunächst darüber Klarheit zu schaffen und uns das Resultat ihrer Feststellungen mitzuteilen.

Die Stellungnahme zur Frage der Regierungsbildung in Preußen, wo es sich für uns in erster Linie um die Demokratisierung der Verwaltung und die Reform der Justiz handelt, ist sinngemäß die gleiche.

Mit sozialistischem Gruß
Zentraleitung und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
3. U. A. Trippen.

Die Münchner Morgenpost zur Regierungsbildung im Reich.

München, 3. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Zur Frage der Regierungsbildung im Reich sagt die Münchner Morgenpost, nachdem sie die Beschlüsse der Fraktionen der SPD und der USPD veröffentlicht hat: „Nach dieser Stellungnahme der USPD wird es der SPD fortan nicht mehr möglich sein, unter Berufung auf eine angebliche Abstimmungspolitik der USPD ihre Koalitionspolitik zu rechtfertigen, die jetzt nach dem Beschluss des Görlicher Parteitages zu einer Verbindung mit der Deutschen Volkspartei führen soll. Die Bedingungen der USPD sind so formuliert, daß es nunmehr von dem Verhalten der jeweiligen Regierungsparteien im Reich abhängt, ob der Schutz der deutschen Republik durch eine Linkskoalition garantiert wird oder ob durch die Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei noch einmal die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Republik sabotiert werden. Die USPD gibt von ihren sozialistischen Grundsätzen nichts auf, sie wählt nur das kleinste Nebel und stellt die bürgerlichen Mittelparteien vor die Frage, ob sie eine ehrliche demokratische Politik im Interesse der deutschen Republik wollen.“

Bestätigung der Meldungen über die Münchner Mörderzentrale.

München, 3. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Zu den Enthüllungen über die Münchner Mörderzentrale stellt unser Münchner Parteiblatt, die Münchner Morgenpost, fest, daß das von der Münchner Post veröffentlichte Material mit ihren Informationen genau übereinstimme. Die Münchner Morgenpost kündigt an, daß sie selbst noch wichtiges Material veröffentlichen werde.

Die deutschnationalen Heuchler.

Berlin, 3. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Als Illustration zu den Reinwaschungsversuchen der Deutschnationalen durch den Abgeordneten Herrn im Reichstag kann folgende Notiz der Welt am Montag dienen: „Unmittelbar nach dem Tod an Erzberger erklärte der Berliner Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Straß, in öffentlicher Versammlung: „Wir freuen uns darüber, daß Deutschland von einem seiner Schädlinge befreit ist, es ist durchaus richtig, wenn wir uns Freude darüber ausdrücken, denn was man als schädlich erkannt hat, muß man beseitigen.“ Herr Straß ist noch Hauptgeschäftsführer bei den Deutschnationalen und hat am 1. Oktober in einer deutschnationalen Versammlung in Berlin gesprochen und redet heute in einer andern, ist also noch als Parteibeamter tätig.“

Clemenceaus Sicherheiten.

Berlin, 3. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Clemenceau hielt gestern bei der Einweihung eines für ihn selbst in der Vendée errichteten Denkmals eine Rede, in der er sagte, daß das Fest das des Siegreichen Vaterlandes sei. Nach der vollendeten Reparation stehe nichts höher als die Sicherheit Frankreichs. Man wolle den Weltfrieden sicherstellen bis zum äußersten Osten, aber der Stillen Ozean sei sehr weit und die deutsche Grenze sehr nahe. Die Washingtoner Konferenz könne bei der augenblicklichen Lage der Dinge eine schöne Gelegenheit finden, die Fehler der Ausführung wieder gut zu machen, die heute offenbar seien. Niemand könne die Sache Frankreichs vom gleichen Gesichtspunkt aus betrachten, wie die Frage des Stillen Ozeans. Eine finanzielle Niederlage Frankreichs würde in diesem Augenblick für Frankreich das gleiche bedeuten, wie eine Niederlage der Waffen. Jede Verminderung der finanziellen Verpflichtung Deutschlands dadurch, daß man ihm die Gesamtausführung erleichtere, verringere zu gleicher Zeit die Würghäften für die Sicherheit, deren Verordnung (?) nach dem Wortlaut des Friedensvertrages als Strafe für Verfehlungen von Seiten Berlins zulässig sei.

Abstimmung über die Friedensverträge am 14. Oktober.

Washington, 3. Oktober. (T.L.) Der amerikanische Senat hat einstimmig beschlossen, daß die Abstimmung über die Ratifizierung der Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn am 14. Oktober stattfinden soll.

Beruhites Doppelspiel.

Die rechtssozialistische Führerschaft befindet sich in übler Lage. Sie hat durch ihren Beschluss in Görlich nicht nur eine heftige Opposition in der eigenen Partei erweckt, die stärker wird, je mehr die verdeckten Folgen des Beschlusses hervortreten, sondern sie hat auch die Stellung des Reichskanzlers Wirth untergraben und die Rechtschwäche der Reichspolitik herbeigeführt. Jetzt graut den Bürgern dieser genialen Taktik und sie möchten gut machen, was noch gut zunachst ist und ihre Verantwortung für den Schaden, den sie angerichtet haben, los werden. In dieser Not sind sie auf einen vermeintlich gescheiteten Gedanken verfallen — sie wollen ihrer großen und entrückten Anhängerschaft zeigen, daß nicht sie, sondern die bösen Unabhängigen die Schuldigen an der ganzen Misere sind, und zu diesem Zweck haben sie die bekannte Anfrage an unsre Parteileitung und Reichstagsfraktion gerichtet, ob sie bereit sei, in die Reichsregierung einzutreten.

Damit soll die Harmlosigkeit des Görlicher Beschlusses erwiesen werden, soll gezeigt werden, daß er keineswegs das Koalitionsangebot an die Stinnespartei, keineswegs die Einladung an diese bedeutet, in die Regierung einzutreten. Die Anfrage an unsre Partei soll der Offenlichkeit demonstrieren, daß der Beschluss nur ganz allgemein die Bedingungen für jene Parteien formulierte, die für eine Regierungsbildung mit der SPD in Frage kommen könnten, daß er also auch die Koalition mit der USPD betreffe und daß eben nur die Haltung der USPD es verschulden würde, wenn er schließlich zu einer Anhandlung mit der Partei der Schwarzbart-Mitglieder führen würde.

Dieses Spiel könnte politisch harmlose täuschen, wenn die Leute von Görlich nicht wären. Man braucht sie nur flüchtig anzusehen, um zu wissen, was die Absicht der rechtssozialistischen Führerschaft dort war. Man braucht nur nachzuschlagen, was Scheidemann und Otto Braun sagten haben, denen die Bindung durch die an sich schon sehr dehnbaren Bedingungen des Beschlusses noch zu weit gingen, sie am liebsten in den Verhandlungen mit den Stresemannern völlig frei gewesen wären. Wenn die Rechtssozialisten mit der USPD über die Regierungsbildung hätten sprechen wollen, so wäre der Beschluss von Görlich ja absolut nicht notwendig gewesen. Ihm stand ja nichts im Wege, der Beschluss von Kassel, der in Görlich bestätigt wurde, verbot nur die Koalition mit der Stinnespartei. Wenn eine Verbreiterung der Koalition nach links in Frage gekommen wäre, so war die Aufstellung von derartigen schwachmütigen Bedingungen, wie sie der Görlicher Beschluss vorsieht, eine Unmöglichkeit. Denn diese Forderungen ziehen lediglich die äußerste Grenze, bis zu welcher die Partei einer rechtsstehenden Partei eingegangen kommen könnte. Wollte man ein Programm ausspielen, dessen Durchführung auf die Mitwirkung der USPD berechnet war, so hätte es sicherlich weit anders, klarer und bestimmter gelautet, so wäre z. B. an Stelle des Kaufschubbegrißes „weltfestgehende Herauslösung der Besitzenden zur Steuerlast“ die positive Forderung „Erfassung der Goldwerte“ gesetzt worden. Es ist wirklich nicht notwendig, sich mit dieser Ausrede der rechtssozialistischen Führer nach all dem ernsthaft zu befassen. Was sie gewollt haben, liegt klar vor, was sie verdorben haben, nicht minder.

Nun bleibt die Frage, ob sie den Schaden noch wieder gut machen können. Sie tun so, als könnten sie es. Sie tun so, als wären sie heute noch ebenso frei, wie vor dem Görlicher Beschluss. Aber das ist bestensfalls eine Selbsttäuschung. Was sie mit diesem Beschluss verschlagen haben, das läßt sich nicht so leicht wieder zusammenfügen. Die bürgerlichen Parteien haben Ohren, um zu hören und Augen, um zu sehen. Da sie die Bereitwilligkeit der rechtssozialistischen Führer gesehen haben, der Forderung nach der nach rechts erweiterten Koalition nachzugeben, da sie gehört haben, daß die Herren Scheidemann und Braun auch anders können, als in Kassel und als bei der preußischen Regierungsbildung, so werden sie keinerlei Neigung verspüren, anstatt dessen auf eine ihnen verhüllte Koalitionserweiterung nach links mit der für sie sehr belieblichen USPD einzutreten. Jetzt beharren sie um so fester auf der Forderung, daß die Stresemänner in die Regierung aufgenommen werden müssen, um so fester, als sie damit in der brevlichen Steuerfrage die Phalang gegen die Erfassung der Goldwerte verstärken können. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß der rechte Flügel des Zentrums und wahrscheinlich die Mehrheit der Demokraten der Erfassung der Goldwerte heftig abgeneigt ist, daß es diesen Leuten auch stark vor der Republikanisierung der Reichswehr und der Demokratisierung der Verwaltung und der Justiz graut, weil sie darin nicht mit Unrecht eine Verstärkung der Position der Arbeiterklasse sehen, die sie auf jeden Fall verhindern möchten.

Diese Strömungen im Zentrum und unter den Demokraten konnten vor Görlich allenfalls damit niedergehalten werden, daß die Notwendigkeit zur Erhaltung der Koalition mit der Sozialdemokratie bestehen, weil ohne sie nur ein Blot mit den Deutsch-nationalen eine Mehrheitsbildung ermögliche, was die Gefahr des Bürgerkrieges, vor der diese Herren aufzulöszen, in gefähr-

liche Nähe bringen würde. Nur so konnte die bisherige Politik des Kanzlers Wirth in den bürgerlichen Koalitionsparteien durchgedrückt werden. Nach dem Beschluss von Görlich aber können diese Strömungen den Kanzler Wirth mit dem Argument bekämpfen, daß ein Drehen des Steuers nach rechts möglich ist, da die Rechtssozialisten sich selber zur Koalition mit der Stinnespartei bereit erklärt haben; und daß sie diese Gelegenheit auszunützen ernsthaft gewillt sind, zeigen bereits die Reden des Zentrumssprechers und des Demokraten in der Reichstagsitzung vom Sonnabend.

Was soll noch die Anfrage der Rechtssozialisten an unsre Partei? Sie haben selbst die Grundlage für eine solche Politik zerstört. Die Antwort unsrer Zentralleitung und unsrer Reichstagsfraktion hebt diesen entscheidenden Punkt klar heraus. Ob sich überhaupt bürgerliche Parteien bereit finden würden, sich auf ein Regierungsprogramm zu verpflichten, wie die Antwort unsrer Partei es entwidelt, ist schon äußerst zweifelhaft. Dass sie es nach Görlich noch tun würden, kann kein Vernünftiger mehr erwarten.

Die rechtssozialistischen Führer dachten in Görlich einen klugen Schachzug zu tun. Sie haben statt dessen den Kopf in die Schlinge gestellt, und das Doppelspiel, was sie jetzt versuchen, ist nicht geeignet, ihn wieder freizumachen.

Der Ausklang.

Berlin, 1. Oktober.

Die Debatte über die Interpellationen wurde heute zu Ende geführt. Ihr Ergebnis ist dahin zusammenzufassen, daß die Deutschen Nationalen zwar nochmals gründlich ob ihrer verbrecherischen Gewalt- und Mörderpolitik zur Rechenschaft gezogen und moralisch hingerichtet wurden, daß aber viel bedeutungsvoller der Kurs der Regierungskoalition nach rechts ist, der sich besonders in der Rede des neuen Zentrumsfraktionsvorsitzenden Dr. Marx fundiert. Nicht die Parole: Kampf gegen rechts, gründliche Sauberung der deutschnationalen Mördernester, gründliche Justiz- und Verwaltungsreform, wirksamer Schutz der Republik usw. ist das, was Deutschland am dringendsten not tut, sondern Sammlung aller zu gemeinsamem Aufbau. Es ist kein Wunder, daß Marx mit diesem Programm Zustimmung nicht nur bei den zulässigen Koalitionsgenossen, den Volksparteilern, fand, sondern noch weiter rechts. Es ist das, was die Deutschen Nationalen so dringend brauchen, wenn der Zentrumssprecher mit erhobener Stimme forderte, man dürfe sich die Kleidung nicht moralisch vom Leib reißen, man solle mit dem gegenseitigen scharfen Kampf Schluss machen. Damit ist der Kurs deutlich aufgezeigt, den die Reichsregierung künftig einzuhalten hat. Es will deswegen gar nichts besagen, wenn das Zentrum ausdrücklich erläutert löst, es stehe geschlossen hinter Wirt. Die Frage ist vielmehr, bei welcher Politik das Zentrum geschlossen hinter ihm steht. Die Antwort ist in der Bedeutung des Kurses enthalten, die der Zentrumssprecher mache.

Wenn es aber noch eines Beweises bedurfte hätte, daß die Koalitionsparteien das Regierungsschiff stark nach rechts steuern wollen, so hätte ihn die Rede des sogenannten Demokraten Koch, des ehemaligen Reichsinnenministers, erbracht. Mit einer Deutlichkeit, die über die Absicht der bürgerlichen Regierungsparteien keinen Zweifel mehr aufkommen läßt, verkündete der Sprecher der "Demokraten", daß mit dem Kampf gegen rechts Schluss gemacht werden müsse. Ganz richtig hat er den Kern des gegenwärtigen Kampfes bezichtigt, als er sagte, es gebe Leute, die den Entscheidungskampf zwischen links und rechts ausfechten wollten; dies sei aber eine Politik der Don Quichotterie. Mit diesen Erklärungen ist der Kampf gegen rechts aufgegeben, woran dessen Fortsetzung durch rechtssozialdemokratische Redner keinen Deut mehr ändert. Die Kursänderung deutete sich auch sofort in den Reden der Deutschen Nationalen ans. Aus der Verteidigung gingen sie schärfer zum Angriff über, und es heißtt nur den Sachstand klar ausdrücken, wenn Graf Westarp sehr nachdrücklich verlangte, der Reichskanzler solle ihnen Alibi leisten. Fast noch schlimmer trieb es der Sprecher der Bayerischen Volkspartei, Beyerle, der Wirth einen Maulkorb umbinden will. Natürlich verschaffte Beyerle, noch Koch, noch Marx, ihre besondere Treue zur Weimarer Verfassung zu bekunden, Antennen solche Betonungen billig sind und sogar von Kapp zur Begründung seines Staatsstreichs gegeben wurden.

Eine merkwürdige Rolle spielte der augenblickliche Innenminister Gräfinnauer mit seiner Rede. Um zu beweisen, was er für ein gerechter Minister ist, erklärte er, es nie ihm selbst leid, die Zeitungen verbieten zu müssen. In der Verordnung sei er unbeschuldigt, er sei von Berlin abwesend gewesen, als sie beraten und herausgegeben worden sei. Um ja nirgends anzudeuten, hat Gräfinnauer die Entscheidung auch noch dem Reichsrat übertragen. Aber all diese Vorsicht, Entschuldigungen und Ausweichungen nützten ihm wenig, die Rechte bis in die Deutsche Volkspartei hinein, setzte ihm durch Jurufe tödlich zu. So hat dieser Minister die Position der Regierung völlig preisgegeben. Seine Mahnungen zu sachlichem politischem Kampfe, damit Ausnahmemahrgeln überflüssig würden, wurden von der Rechten mit höhnischem Grinsen aufgenommen.

Wie genau das politische Verbrecherium und die Reaktionäre ihre Gegner kennen, ging wieder einmal aus dem Verhalten gegen den thüringischen Minister Brandenstein hervor, bei dessen Rede die Rechte des Hauses ununterbrochen lärmte und tobte; als wäre sie in einer Antisemitversammlung. Dabei hat Brandenstein nur das Wesen der Sedanfeier dargelegt, die die deutschnationalen Handlungsgehilfen für Thüringen veranstalteten und die nichts andres als eine unverschämte Verhöhnung der Republik und der republikanisch gesinnten Bevölkerung werden sollte. Ebenso tobte die Rechte, als unser Genosse Rosenfeld bei der Begründung unsres Gesetzesvorhabens die Zustände bei der Justiz, Verwaltung und Reichswehr darlegte.

Zum Schlus konnten es sich die Hefter und Verfechter des politischen Mordsystems nicht verkneifen, sich nochmals als die verfolgten Unschuldslämmer hinzustellen, denen man nach dem Leben trachte, worauf ihnen Rosenfeld die einzige gebührende Antwort gab, ein Laienringspfahl sei zu schade für sie.

Die Anträge über die Aufhebung der Verordnung und die Vorlage zum Schutze der Republik wurden gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und der Kommunisten dem Rechtsausschuß überwiesen.

Plenarsitzungen des Reichstages soll es vor dem 3. November keine geben.

Dittmanns Abrechnung.

Wir geben heute die Reichstagsrede des Genossen Dittmann zur Begründung der von der Fraktion der USPD eingebrauchten Anträge ausführlich wieder. Dittmann führt aus:

Der Herr Abgeordnete Herzt hat hier sehr viel gesagt, mit dem ich nicht einverstanden bin. Aber ein Wort hat er gesprochen, das ich restlos unterstreiche: "Nur keine Fechterkunststücke!" Damit hat Herr Herzt sein eigenes Auftreten am besten selbst charakterisiert. Es waren Fechterkunststücke, die er hier aufgeführt hat, und er wird selbst nicht glauben, daß auch nur einer in diesem Hause außer seinen politischen Freunden ihn ernst genommen hat. Sie müssen doch gestehen, daß Sie nur gezwungen waren als erster Redner in dieser Debatte das Wort genommen haben. Man hat Herrn Herzt erst in diese Rolle hineinführen müssen, denn er hatte sich bis zum heutigen Tage in der Rolle des zusammengefügten Zaunkönigs gefallen, der sich im Hintergrund halten wollte, und der verlangte, daß der Reichskanzler als erster das Wort ergreife. Erst als dieser das ablehnte, hat er sich dazu bequemen müssen, nun seinesfalls als erster Redner zu sprechen. Es war auch ein Fechterkunststück, die Deutschen Nationalen Volkspartei als Klub der Harmlosen hinzustellen. Ich muß gestehen, daß es mir eine sehr große Bestrafung war, auch endlich von den Deutschen Nationalen zu hören, daß Ausnahmemahnahmen schlechte Maßnahmen sind. Allerdings höre ich es erst jetzt, da ich zum ersten Male ein Ausnahmestand gegen rechts richte, da zum ersten Male die Deutschen Nationalen die Wirkungen des Ausnahmestandes am eigenen Leibe verspürt haben. Da sind sie auf einmal von Freunden des Ausnahmestandes zu Feinden desselben geworden. Wir wissen doch alle, was wir von den Versicherungen der Deutschen Nationalen über ihre Harmlosigkeit und Loyalität zu halten haben. Wir wissen doch aus der Geschichte, daß herrschende Klassen niemals freiwillig auf Privilegien und Rechte verzichtet haben, daß sie um ihre Erhaltung gekämpft und gekämpft haben. Wie sollten sich da die Junker und Militaristen, die brutalsten Präzentanten dieses Systems, anders verhalten haben? Der Kapp-Putsch hat uns doch ihr Bestreben deutlich gezeigt. Seit dessen Misshandlungen haben sie nicht etwas rekonstruiert, im Gegenteil.

Sie wollen die Republik nicht hochkommen lassen. Im offenen Kampf können sie dieses Ziel nicht erreichen, deshalb betreiben sie den Sturz der Republik im Dunkeln und scheuen das Licht. Sie haben fortgeschritten, Banden organisiert zu dem Zweck, um sie als Stoßtruppen für reaktionäre Putsch zu verwenden. Waffenlager sind angelegt, und so im Dunkeln rüstet die Deutschen Nationalen Volkspartei zum offenen Bürgerkrieg. Ihr Zentrum haben sie nach Bayern verlegt. Eberhard und Bauer führen seit Jahr und Tag in München, spinnen die Fäden über Deutschland weit hinaus bis nach Ungarn, die ungarischen Zustände sind doch das Ideal, das sie für Deutschland verwünschen wollen. Von allem wissen natürlich die Herren von der Deutschen Nationalen Volkspartei nichts, rein gar nichts. Sie sind enttäuscht, wenn man sagt, daß sie mit den Putschisten unter einer Decke stecken. Ich will nur erinnern an die Rolle, die Herzt bei dem Kapp-Putsch gespielt hat. (Zuruf Herzt: Sie war ganz einwandfrei!) Ich will zeigen, wie einwandfrei sie war. Am 18. März sagte Herzt, Kapp und Blüthner sind zum Neuersten entschlossen, sie werden vor nichts zurücktreten. Die Deutschen Nationalen Volkspartei hat mit diesem Putsch und seinen Vorbereitungen direkt nichts zu tun. Wir werden die Teilnehmer an diesem Putsch sogar veranlassen, formal ihren Austritt aus der Partei zu erklären. Kapp und Blüthner haben die Macht und werden sie vorausichtlich behalten. Wir müssen nun auf dieser neuen Grundlage weiterarbeiten. 14 Tage später sagte er: "Wir haben von dem Putsch nicht die geringste Kenntnis gehabt. Die sogenannte Kappregierung war unmöglich. Davon sind wir überzeugt gewesen, dieser Überzeugung haben wir immer Ausdruck gegeben." Ich überlasse es dem Hause selbst, aus diesem Verhalten des Herrn Herzt Schlussfolgerungen zu ziehen, und überlasse es auch dem Hause, davon auf seine heutige Rede zu schließen. Wir glauben schon, daß die Putschisten automatisch aus der Partei ausgeschlossen worden sind, die geistige und politische Mentalität ist aber ganz dieselbe bei den Deutschen Nationalen, wie bei den putschistischen Verschwörerbanden. Herzt aber sagt: "Ich wäsche meine Hände in Unschuld". Die deutsche Nationalen Partei ist auch verantwortlich für die schlimmste Ercheinung der letzten Jahre auf dem politischen Gebiet,

für den politischen Menschenmord.

Das ist das schlimmste Extrem der deutschnationalen Politik. Durch maßlose Heile in der Presse, in Versammlungen, die die politischen Gegner persönlich aus gemeinsame Schmach, wird die Atmosphäre und das Milieu geschaffen, aus dem heraus gedungene Bravos die Untaten ausführen. Die deutschnationalen Heile ist nachweisbar die intellektuelle Urheberchaft auch des vorläufig letzten Menschenmordes, des Mordes an Erzberger, gewesen. Helfferich und Westarp haben ein Ressortreihen gegen Erzberger losgelassen, das wohl beispiellos ist. Die deutschnationalen Presse ist nicht mild geworden, persönlich Stimmungsmacherei gegen ihn zu treiben. Am 16. April hat das Organ der Deutschen Nationalen, die Deutsche Tageszeitung, geschrieben: Es wäre besser, wenn Erzberger das Zeitalter gesegnet hätte. In der deutschnationalen Presse lagen durch alle Monate, in die sie diese Aufforderung zu stellen wußte, doch die Presse durch: "Bei tät ein gutes Werk, der den nun die Ecke bringt!" Wie gegen Erzberger, so ist man auch mit gemeinen Schmähungen gegen Wirth vorgegangen. Und da stellt sich Herzt hier hin und sagt, wir haben nichts zu tun mit dem Erzberger-Mord, wir bedauern ihn. Zur Rechtfertigung: Sie sind verantwortlich für diesen Mord. Am 27. August sagt dasselbe Blatt, die Deutsche Tageszeitung, zu schreiben: Wir haben den Kampf gegen Erzberger mit geistigen Waffen geführt. Wir bedauern diesen Mord. Das sind wirkliche Krotodistriane. Ein Volksparteier hat nach einer bis jetzt unvorderbaren Meldung auf dem Parteitag gesagt, er könne der Deutschen Nationalen Volkspartei den Vorwurf nicht erippen, daß sie durch ihre Heile eine Atmosphäre geschaffen habe, aus der der Mord an Erzberger entstanden sei.

Der Mordplan ist in München ausgeheckt worden und von dort ist er auch ausgeführt. Die Deutschen Nationalen haben Jubelhymnen auf das Kahr-Bayern gelungen, auf die idealen urdeutschen Zustände. Die Jubelhymnen brauchen uns nicht zu wundern, denn Herr von Kahr war ja die bayrisch-maskierte Marionette der Stoszpreußen. Poehner hatte eine geradezu rigorose Fremdenkontrolle eingeführt, keine Maus wurde nach München hineingelassen, die die Polizei nicht kannte. Und da will Poehner nichts von der Mordorganisation in München gewußt haben? Nach rechts deutete er eben beide Augen zu, alle Ausnahmemahnahmen richteten sich gegen links, richteten sich gegen uns. Garets, der hinter die Schilde der Polizei gekommen war, wurde ermordet. Die deutschnationalen Mörderclique konnte ungesehener weiter wirtschaften, als das zweite Opfer Erzberger wurde. Deshalb sind Kahr und Poehner mitschuldig an der Ermordung Erzbergers. Der Artikel im Münchner Anzeiger war das Signal zum Mord in Griesbach. Schon im Überwachungsausschuss habe ich es gesagt:

Von Miesbach nach Griesbach führt eine gerade Linie. Auch dort habe ich schon betont, daß in München eine deutschnationalen Mörderclique saß. Die Abgeordneten Herzt und Westarp haben damals die Entrüsteten gespielt und sind hinausgelaufen, genau so, wie sie es jetzt hier wieder gemacht haben. Wenn es darauf ankommt, die Weisheit zu hören, da reißen sie aus. Dann verfahren sie wie 1918 beim großen Zusammenbruch. Es ist bezeichnend, daß die Mörder, über die Poehner seine lächelnde Hand hielt, gewarnt wurden und entflohen konnten. Es ist auch bezeichnend, daß die Mörder nicht gleich ins Ausland flohen, sondern nach München zurückkehrten. Das heißt, daß sie sich dort sicher fühlten wie in Abrahams Schoß. Es ist gut konservative Tradition, was wir jetzt an persönlicher Heile

gegen führende Politiker der Linken erlebt haben. Das Kesseltreiben gegen Gräfinnauer und Wirth zeigt klar, daß diese beiden Minister die nächsten Opfer auf der deutschnationalen Mörderliste sind.

Heiger, jämmerlicher und läglicher hat noch nie eine herrschende Klasse sich nach ihrem Sturz benommen. Jetzt aber machen die Deutschen Nationalen nicht sich selber, sondern diesenigen verantwortlich, die damals die Jügel in die Hand nehmen mußten, um zu retten, was zu retten war. Jetzt scheuen sie sich nicht, den Waffenstillstand, den Friedensvertrag, alles Folgen der deutschnationalen Kriegspolitik, als Urlachen unseres Glücks hinzustellen. Die Männer und Parteien, die den deutschnationalen Konkurs liquidieren müssen, werden jetzt von den Deutschen Nationalen mit ingrimigem Haß verfolgt. Es ist ein großes Versäumnis der parlamentarischen Regierungen, die wir seit zwei Jahren in Deutschland gehabt haben, daß sie der deutschnationalen Lügenpropaganda nicht planmäßig und großzügig entgegengetreten sind. Nur dadurch hat die deutschnationalen Volksvergängung so großen Umsang annehmen können. Warum greift die Reichsregierung nicht zu den Mitteln der Volksauflösung, wie es in allen parlamentarischen Ländern, besonders in Frankreich, gelingt wird? Warum läßt sie nicht mit diesen Mitteln die deutschnationalen Lügenmäuler stopfen? Damit wäre der deutschnationalen Heile und Demagogie der Boden entzogen, die politische Atmosphäre gereinigt.

Jeder weiß, daß Ludendorff es war, der Sabs über Kopf den sonstigen Waffenstillstand forderte. Und es weiß jedes Kind, daß Hindenburg es war, der von Erzberger verlangt hat, den Waffenstillstand abzuschließen, ganz gleich, wie er aussieht.

Allein jene Männer sind verantwortlich für diesen Waffenstillstand. Sie tragen die politische Verantwortung, die zum Waffenstillstand geführt hat. Wenn endlich wird die Reichsregierung mit dieser Lüge aufzutun und die Ludendorff-Lügenmäuler stopfen? Alle diese Verbrecher gehörten vor dem Staatsgerichtshof, sie gehören ins Justizhaus.

Es zeigt sich immer wieder, wie beim Kapp-Putsch, daß die Reichsregierung sich heute nicht stützen kann auf Behörden, Schutzpolizei, Reichswehr und Richter, die die Schülern des Staates sein sollten. Gegen rechts ist dieser ganze gewaltige Schuhapparat nicht in Bewegung zu sehen, während er sich gegen links bei dem seltsamen Druck sofort in Tätigkeit befindet. Alle diese Stellen empfangen ihre politischen Direktiven nicht vom Reichskanzler oder von dem Reichsminister, sondern von außerhalb, von den deutschnationalen Feinden der offiziellen Politik der Reichsregierung. Diese Kreise in den Behörden betreiben offen und geheim reaktionäre Machenschaften und abolieren die Politik des Reichskanzlers. Und sie werden unterstützt von einem großen Teil der pensionierten höheren Beamten und Militärs. Diese Leute scheuen sich nicht, ohne Gegenleistung von derselben Republik sich ernähren zu lassen, gegen deren Politik sie fortgesetzt wählen. Deshalb muß hier der Hebel angewendet werden zum Schuh der Republik.

Die Reichswehr muß gesäubert werden von den monarchistischen Offizieren.

In der Reichswehr können nur zuverlässige Republikaner Offiziere sein, sonst wird sie, wie beim Kapp-Putsch, eines schönen Tages die Reichsregierung wieder in die Lüge lassen. In den Ministerien und Behörden sitzen in leitenden Stellen vielleicht Leute, die hinterhältig die Politik der Regierung durchkreuzen, so wie jener Lieberman in Breslau, der gegen die Orgie vorgehen sollte und in Wirklichkeit mit ihr unter einer Decke stand. In diesem Kapitel gehört auch das Kahr-Regiment in Bayern. Mit dem Rücktritt der Kahr, Roth und Poehner ist die deutschnationalen Heile aus dem bayrischen Beamtenkörper noch nicht ausgebrannt. Deshalb wollen wir, daß der bayrische Ausnahmestand sofort aufgehoben werde, und nicht erst in 14 Tagen. Es zeigt sich ja bereits, daß die deutschnationalen Verschwörer das Komplott allmählich benutzen, um die Alten über ihre Schandtaten zu bestimmen. Deshalb soll der Reichstag sofort den Ausnahmestand aufheben und die Münchner Verbrecher fällstellen.

Die schlimmsten Orgien erleben wir auf dem Gebiete der Justiz, Behörden und Richterschaft. In dem Buche von Dr. Gumbel zwei Jahre Mord können Sie nachlesen, daß 13 Morde von links, dagegen 314 Morde von rechts begangen worden sind. Während gegen die Mörder von rechts so gut wie nichts unternommen wurde, beginnt man bei dem Vorgehen gegen links vielfach bewußte Rechtsbeugung. Ich erinnere Sie nur an das Wiltzen des Sondergerichts nach dem Märzputsch. Ich erinnere weiter an Jagow, der als stetsbrieflich verfolgter Hochverräte seit einehalf Jahren frei herumläuft. Demgegenüber steht die deutschnationalen Justiz gegen den unabhängigen bayrischen Abgeordneten Eißler. Wir verlangen die Befreiung der Unschuld der Richter und

Wahl der Richter durch das Volk.

Wenn die deutschnationalen Treiber in Zukunft damit rechnen müssen, daß sie ihr Tun auch zu verantworten haben, wird ihnen selbst bald das Herz in die Hosen rutschen. Die Reichsregierung aber muß sich klar darüber sein, daß sie keine republikanische und eine demokratische Politik treiben kann, wenn sie nicht endlich darangeht, in allen Stellen Remedy zu schaffen. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebrochen, als ersten Schritt auf dem Wege zur Republikarisierung der Verwaltung und der Justiz. Wir verlangen, daß die Strafjustiz den Berufsprüfern abgenommen und Geschworenen überwiesen wird. Wir sind schließlich Gegner der Anwendung von Ausnahmemahnahmen, wie sie durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August und neuerdings vom 28. September festgesetzt sind. Wir lehnen darin kein gelegentliches Mittel zur Bekämpfung der Reaktion. Wir lehnen alle Ausnahmemahnahmen grundätzlich ab und verlangen gesetzliche Regelung.

Republik und Demokratie als geschichtliche Durchgangsform zur klassenlosen sozialistischen Gesellschaft werden nur geschaffen durch die arbeitenden Volksmassen. Sie müssen auf der Wacht sein und die Reaktion niederkämpfen wie beim Kapp-Putsch und nach der Ermordung Erzbergers. Sie haben am 31. August der Reaktion einen heilsamen Schreck eingezogen, haben bewiesen, daß das Proletariat fahrlässig ist und bleibt. Auch die Reichsregierung muß sich darüber klar sein, daß sie sich in ersten Linie auf das Proletariat stützen muß. Sie findet keinen Rückhalt, dessen sie bedarf, bei den geschworenen Feinden der Arbeiterschaft, der Schwundindustrie, den Stinnes-Kapitalisten. Sie muß sich auch gesagt sein lassen, in demselben Augenblick, wo sie um die Unterstützung dieser Kreise wirkt, verwirkt sie das Vertrauen der Arbeiterklasse. Erzählt die Reichsregierung, so werden die Massen ohne die Regierung, und wenn es sein muß, gegen die Regierung den Kampf gegen die Reaktion fortsetzen. Die Revolution hat Monarchie und Obrigkeitstat fortgelegt. Jeder Versuch (nach rechts) von Ihnen, ihr wieder aufzurichten, wird auch in Zukunft auf den geschlossenen Widerstand des Proletariats stoßen. Die Einheit des Proletariats ist der Fels, an dem die Reaktion zerstellt. (Vebharter Beifall bei den Unabhängigen.)

Soldatenhindereien in neuer Auflage.

Die Soldatenhindereien im "Herrlichen Kriegsheim" der Hohenaspern sind noch in dauernder Erinnerung. Sie haben sich während des Weltkrieges erhalten. Der Fall Helmholz erbringt dazu ein beredtes Beispiel. Alljährlich wurden im Reichstag bei der Beratung des Seesatzes zahllose Fälle ausgeschickter Scheukräfte von den sozialdemokratischen Rednern vorgebracht. Von Schindern schadete diese Kennzeichnung nicht, im Gegenteil, sie wurden gewöhnlich noch befördert und ihre

Opfer oder die, die die Schlußberichten aufgedeckt hatten, obendrein bestraft.

Ein Teil jener Soldatenhindernisse ist bei der Organisation unserer neuen schimmernden Reichswehr unter der Leitung des Herrn Noske übernommen worden, ja, Noske gab sich besondere Mühe, gerade die aller schlimmsten Kommissäre für die Reichswehr zu stellen. Ihr Geist dominiert denn auch in der Reichswehr, und wie bei unserer Schuhpolizei die Beseitigung eines mißliebigen Kameraden durchaus nichts Außergewöhnliches ist — siehe den Fall Buchholz bei der Hundertschaft zur besonderen Verwendung —, so sind Soldatenhindernisse bei der Reichswehr genau so an der Tagesordnung wie in der früheren deutscher Armee.

Ein besonders krasser Mißhandlungsfall wird aus Minden vom dortigen Ortsausschuß des ADGB gemeldet, dem folgende Anschrift zugegangen ist:

Freitag, den 23. September d. J., war Herr T. und ich Zeuge einer so gemeinen Mißhandlung eines Reichswehrsoldaten durch Kameraden unter den Augen der Vorgesetzten, wie ich sie als alter Soldat — ich diente über 20 Jahre — unter dem wilhelminischen Militarismus niemals erlebt habe.

Es war 3—4 Uhr, da hörten wir auf dem Bäckereihofe, wie ein Reichswehrsoldat geschlagen wurde, es klang gerade so, als ob man jemandem mit einem harten Gegenstand über den Schädel schlug — daraus erlöste ein Schrei. Wir sprangen auf und beobachteten, wie vier Reichswehrsoldaten von einem Unteroffizier zum zweitenmal im Laufschritt hinter die etwa 75 bis 100 Meter entfernte Hinderniswand gejagt wurden. Hier wurde einer von den vier von seinen Kameraden in furchtbare Weise mit den Fäusten, Gewehrkolben und Seitengewehr gegen den Kopf und Oberkörper geschlagen und getreten. Dieses schamvolle Bild wiederholte sich ein letztes Mal, jetzt brach der Mann zusammen. Was nur seine netten Kameraden mit ihm vornahmen, konnten wir nicht genau sehen, doch soviel schon wir, daß er wieder geschlagen wurde. Als die Rohlinge zurücktraten, lag der arme Mißhandelte wie leblos auf dem Gesicht, auch jetzt befand er noch Atem. Als der Aermste sich daraufhin nicht erheben konnte, wurde er von zwei dieser Bestien an den Händen gejagt und wie ein krepiertes Stück Fleisch unter wiederholten Aufschlägen des Kopfes auf die Erde etwa 25 Meter weit geschleift und hier liegen gelassen. Nun blieb der Mann etwa eine Viertelstunde liegen und seiner Kammeraden sich darum. Der Unteroffizier schwieg weiter wie in Kriegszeiten. Endlich kamen drei Vorsteher, darunter der Unteroffizier und allem Anschein nach ein Arzt. Der Arzt, wenn es einer war, hielt es aber nicht für nötig, sich zu dem Mißhandelten zu blicken, sondern dieser wurde von einem andern Reichswehrsoldaten in die Höhe gerissen und wie losen, wie er immer in die Knie und vorüber zusammenlief. Nur wenig gestützt, mußte der Aermste seinen Weg zurücklegen, um vielleicht hinter verschlossener Tür neue Mißhandlungen über sich ergehen lassen zu müssen. Dieser Vorfall erläutert vielleicht den vor etwa vier Wochen erfolgten Selbstmord eines Reichswehrsoldaten derselben Kompanie.

Es dürfte doch wohl zu erwarten sein, daß der Herr Reichswehrminister hier kräftig eingreift und diese heutigen Vorgesetzten ohne Pension aus dem Heere hinausbefordert, da solche Kreaturen nicht wert sind, daß sie die Sonne beschneien.

An diese Mitteilung knüpft der Ortsausschuß Minden die nachstehenden Bemerkungen:

Diese Zuschrift ging uns von zwei Angestellten zu. Wir sind aber auch telefonisch angefreut worden und haben dem Vorgang in Schlesien zugesehen. Am Tage darauf ist nochmal ein Soldat beim Exerzieren so geworfen worden, daß er davongetragen werden mußte. Ein Hauptmann Schmidt, der Kompaniechef, ist ein stammer Deutschnationaler. Es herrscht hier starke Empörung unter der Arbeiterschaft.

Die Empörung der Arbeiter über diese Gemeinschaft ist berechtigt, wenn aber in der Zulassung die Erwartung ausgeschlossen wird, daß der Reichswehrminister solche Kreaturen sofort entlässt. So können wir diese Erwartung nicht teilen. Denn diese Soldatenhindernisse hängen mit dem System Noske-Gehler ebenso eng zusammen wie die früheren Soldatenhindernisse mit dem preußischen Militarismus. Noske hat dieses auf den Kadavergehorsam eingeschworene Führertum aufgepäppelt und Gehler folgt Noskes Spuren.

Wer nicht ganz nach der monarchistischen Weise der Hasenkreuzer tanzt, der wird mißhandelt wie ehemals jeder, der unter dem Verdacht einer „roten“ Gesinnung stand.

Burkommmando.

Eine neue Abteilung der Münchener Mörderzentrale

Die Münchener Post bringt in der Sonnabendnummer authentisches Material über die neue Abteilung der Mörderzentrale in München, die unter dem Namen Burkommmando ihr verbrecherisches Handwerk betreibt. Das Freikorps Oberland ist der Herd und Kessel der Organisator. Er wohnt in einem Vorort Münchens in einer von ihm gemieteten Villa und verfügt über außerordentlich große Geldmittel. Die Nachrichtenzentrale München hat verschiedene Abteilungen, so eine Spionageabteilung „gegen das feindliche Ausland“, eine Einbruchsabteilung, eine Abteilung für Beseitigung und Überwachung Unzuverlässiger in den eigenen Reihen und eine Spionageabteilung gegen politische Persönlichkeiten. Zum „Befehlsmpfang“ werden die einzelnen Leute, in der überlegenden Mehrzahl frühere Offiziere, zu verschiedenen Zeiten in die einzelnen Bureaus bestellt. Eine Mordstelle existiert tatsächlich. Einzelheiten darüber sind nur sehr schwer zu erfahren, da in dieser Abteilung ausschließlich „zuverlässige“ Offiziere Verwendung finden. Der Leiter dieser Zentrale ist ein Hauptmann Österreichischer, Kommandeur im Freikorps Oberland. Stabsleiter von Oberland ist ein Major Astor. Derselbe ist auch Verbindungsmann der Polizeidirektion, und zwar der politischen Abteilung.

Außerdem existiert ein Leiter der Auslandsspionage. Diese Abteilung stellt fest, was die Internationale Kommission berät in bezug auf Maßnahmen gegen Freikorps, Reichswehr, Einwohnerwehr, Entwaffnung usw. Bei Konsulaten und Ententeoffiziellen liegende belastende Akten werden von der Spionageabteilung festgestellt und dann von der Einbruchskommission entwendet. Einer der Verbindungsmänner der Polizeidirektion erklärte, daß er einen Alt von 8 Seiten über die Nachrichtenzentrale Oberland auf der Polizeidirektion habe einsehen können. Der Alt enthält belastendes Material gegen die Zentrale und gegen v. Kessel. Der Alt wurde von einer auswärtigen Kriminalbehörde zur Münchener Polizeidirektion gezeigt. Der Verbindungsmann erklärte, daß er von der Polizeidirektion das bestimmte Versprechen erhalten habe, daß sie in der Angelegenheit nichts unternehmen würde und den Alt liegen lassen werde.

Die Mordkommission bestand in Oberschlesien unter dem Namen „Burkommmando“. Sie besaß einen eigenen Waffenstoff. Die Organisation verfügt über

große Mengen Waffen aller Art.

Zu einem solchen Waffenlager wurden Waffen mit vier Vollausmobilien mehrere Nächte hindurch transportiert, zu einem anderen Lager dauernde Transporte mehrere Wochen. Die Zentrale in Breslau verfügt über sehr große Geldmittel. Alle in hervorragender Stellung befindlichen Angehörigen haben Decknamen. Die Zentrale hat außerdem eine eigene Waffen- und Munitionsbeschaffungsabteilung, eine Abteilung für Transportmittel und Kraftfahrzeuge, sowie eine eigene Abteilung für Artilleriewesen, sämtlich geleitet von Offizieren. Vor einigen Tagen wurde Hauptmann v. Kessel verhaftet. Die Nachrichtenzentrale Oberland wurde hierauf sofort verständigt. Da v. Kessel nach Breslau übergeführt werden sollte, wollte man seine Befreiung auf dem Transport betreiben.

Eine

Werkstätte in Tirol

wurde im Hotel Maria Theresia in Innsbruck aufgestellt. In einem der Münchner Büros befinden sich sämtliche Stammdaten der Offiziere und Mannschaften und ihre Adressen, damit die Leute sich jederzeit auf telegraphischen Anruf einfinden könnten. Die Turn- und Sportabteilung der Nationalsozialisten arbeitet zusammen mit den Freiwilligenkompanien 4 und 13 des Freikorps Oberland. Sämtliche Angehörigen der Sturmtruppe sind mit Gummibüppeln und Pistolen ausgerüstet. Abschließend der großen Feuerprobemonstration in München sollten die Angehörigen der nationalsozialistischen Sturmtruppe, des Freikorps Oberland und der Polizei mit Waffen, darunter auch mit Maschinengewehren, ausgestattet werden.

In Oberschlesien wurden von Oberland zahlreiche Standrechtliche Erziehungen vorgenommen. Ein Fürst von G. in Schlesien hat der Nachrichtenzentrale des Oberland einen Brillenschmuck im Wert von 4½ Millionen Mark zur Aufbewahrung gegeben, weil seine Besitzung im Kampfgebiet lag und sein Eigentum nicht sicher war. Dieser Schmuck ist verschwunden, angeblich gestohlen worden. Der Fürst hat eine Belohnung von 500 000 Mk. ausgesetzt, aber es hat nichts genutzt, der Schmuck bleibt verschwunden.

Die Münchener Post bezeichnet sämtliche leitenden Personen mit Namen unter Angabe der Wohnung und des Büros, so daß es der Polizei und Staatsanwaltschaft ein leichtes wäre, die Nestor auszuheben, wenn sie wollten.

Unser Münchener Bruderblatt, die Morgenpost, fordert in einem Leitartikel, die Regierung möge sich nicht mit Leuten des alten Regimes belasten, vor allem mit den Polizeibeamten Böhners, die noch vor ungefähr einem halben Jahre an Befreiungen teilgenommen hätten, die die Einrichtung einer geheimen Feuer zum Gegenstand hatten. Der Innenminister wird gefragt, ob ihm bekannt sei, daß drei höhere Beamte der politischen Polizei Mitglieder der nationalsozialistischen Arbeiterpartei seien. Zum Schluss wird versucht, daß wenigstens das offenkundige Unrecht ausgeglichen, der Abgeordnete Fischer amnestiert und die vor Bantshilfe Volkspartei bekannten Hochverräte, die einen Drud auf die Regierung ausgeliert hätten, vor Gericht gezogen würden.

Der Münchener Bruderblatt, die Morgenpost, fordert in einem Leitartikel, die Regierung möge sich nicht mit Leuten des alten Regimes belasten, vor allem mit den Polizeibeamten Böhners, die noch vor ungefähr einem halben Jahre an Befreiungen teilgenommen hätten, die die Einrichtung einer geheimen Feuer zum Gegenstand hatten. Der Innenminister wird gefragt, ob ihm bekannt sei, daß drei höhere Beamte der politischen Polizei Mitglieder der nationalsozialistischen Arbeiterpartei seien. Zum Schluss wird versucht, daß wenigstens das offenkundige Unrecht ausgeglichen, der Abgeordnete Fischer amnestiert und die vor Bantshilfe Volkspartei bekannten Hochverräte, die einen Drud auf die Regierung ausgeliert hätten, vor Gericht gezogen würden.

Teilung des oberschlesischen Industriegebiets beabsichtigt?

Paris, 1. Oktober. Der Sonderberichterstatter des Intransigent meldet seinem Blatte, daß der Völkerbundrat sein Gutachten über Oberschlesien dem Obersten Rat erst um 11. November bekanntgegeben werde. Im Gegensatz hierzu berichtet der Sonderberichterstatter der Information nach persönlichen Erkundigungen, daß die Kommission für Oberschlesien, falls keine unvorhergesehnen Weiterungen eintreten, dem Obersten Rat gegen Ende der nächsten Woche eine Lösung vorlegen zu können hoffe. Die gleiche Darstellung gibt auch das Journal des Débats. Die beiden Sachverständigen Professor Herold vom Polytechnikum Zürich und der tschechoslowakische Industrielle Bodatik seien gegenwärtig mit der Abfassung eines Vorentwurfs beschäftigt. Das von der Kommission eingeschlagene Vorgehen sei völlig verschieden von demjenigen des Obersten Rates. Es handele sich um ein Kompromiß, das nicht mehr die Unlösbarkeit des Industriedreiecks Beuthen-Rottweil-Steinbach zur Grundlage habe.

Eine Pariser Meldung der Telegraphen-Union aus angeblich gut unterrichteten Kreisen berichtet, daß die Engländer nun mit der Abtrennung einzelner nicht unbedeutender Teile des Industriegebiets einverstanden seien. Keinerlei Zweifel herrse über die Zuteilung von Rybník und Pleš an Polen. Es sei jedoch noch strittig, welche Teile des Industriegebiets an Polen fallen sollen. In Frage kämen große Teile der Kreise Beuthen oder Königsberg.

Der bekannte amerikanische Rechtsachverständige David Miller hat ein Rechtsurteil über die oberschlesische Frage, die augenblicklich dem Völkerbundrat vorliegt, erstattet. Miller ist eine Autorität auf dem Gebiete des Völkerrechts. Unter Berichtigung der allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts kommt Miller auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages und aus seiner Geschichte zu dem Ergebnis, daß nach dem Abzug der Volksabstimmung Oberschlesien ungeteilt bei dem Deutschen Reich verbleiben müsse. Die Reichsregierung hat das Gutachten dem Völkerbundrat in Genf, sowie den Regierungen der Entente-Staaten überreichen lassen.

Polens Haltung.

Die Dena berichtet aus Warschau: Nach einer Erklärung des Außenministers im ständigen Ausschuß des polnischen Reichstages lehnt die Warschauer Regierung eine Entscheidung in der oberschlesischen Frage durch den Völkerbundrat von vornherein ab, wenn sie nicht den polnischen Interessen Rechnung trägt.

Mahnahmen gegen die Kartoffelwucherer.

Wie das braunschweigische staatliche Presseamt meldet, sind die Kreisdirektionen des Landes und der Stadt ersucht worden, alle Kartoffelsorten, die einen Kartoffelpreis fordern, der 35 Pf. wesentlich übersteigt, wegen Wuchers, und alle Händler, die ihn durch Verbrechen in die Höhe treiben, wegen Preisstreberei zur Anzeige zu bringen. Auch gegen Aufläufer aus nichtbraunschweigischem Gebiet will man vorgehen. In allen Fällen, in denen Preisstreberei festgestellt wird, will man die Handelsesanstalt entziehen.

Dieserstreit der Milchgroßhändler in Düsseldorf.

Düsseldorf, 1. Oktober. (W.B.) Da die Stadt Düsseldorf von heutigen Tagen an die Milchversorgung übernommen hat, ist es mit den Milchgroßhändlern zu Zwistigkeiten gekommen. Die Milchgroßhändler sind heute in den Streit getreten und haben die Versorgung der Stadt mit Milch eingestellt. Die Stadt versucht mit Hilfe der Konsumgenossenschaften die Milchbelieferung weiterhin aufzurichten.

Entmilitarisierung der Schuhpolizei und Auflösung der militärischen Sanctionen.

Paris, 30. September. Petit Parisien schreibt anlässlich der Auflösung der militärischen Sanctionen, daß es seinem Zweifel unterliege, daß auch die militärischen Sanctionen aufgehoben würden, wenn die deutsche Regierung die von General Noske hinsichtlich der Entmilitarisierung der deutschen Polizei verlangte vollkommene Verhübung gegeben habe.

Denkschrift über die Wirtschaftskrise im Saargebiet.

Genua, 2. Oktober. Die in Genua wohnende Vertretung des Saargebiets hat eine vorläufige Denkschrift ausgearbeitet, in der als wesentliche Ursache der wirtschaftlichen Notlage des Landes die Auflösung der militärischen Sanctionen, daß es seinem Zweifel unterliege, daß auch die militärischen Sanctionen aufgehoben würden, wenn die deutsche Regierung die von General Noske hinsichtlich der Entmilitarisierung der deutschen Polizei verlangte vollkommene Verhübung gegeben habe.

Gegen die Einführung der Frankenwährung im Saargebiet.

Troy des starken Druses, den die Regierungskommission ausübt, haben, wie die Frankfurter Zeitung meldet, die Gemeindevertretungen von Saarbrücken und den meisten andern Orten des Saargebiets die Einführung der Frankenbesoldung für ihre Beamten und Angestellten abgelehnt.

Jagow-Prozeß vor dem Reichsgericht.

Nachdem auf eine Anfrage im Reichstag bekannt geworden war, daß das Haftverschößen gegen die Kapitäne v. Jagow und v. Wangenheim wegen Hochverrats bereits eröffnet ist, erfahren wir jetzt von außändiger Stelle, daß die Verhandlungen am Donnerstag, dem 27. Oktober, vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden.

Der gesetzlose Mittellandsstreiter.

Berlin, 1. Oktober. (U.) Die abschließende Revision der Kasse der Handwerkskammer, bei der es gelang, schwere Verfehlungen Nahards und einiger anderer Personen aufzudecken, hat dem Staatsanwalt die Handhabe geboten, selbstätig einzutreten, einige der Hauptbeschuldigten in kürzester Zeit zu einem Gefängnis zu bringen, sowie einige weitere Personen in Haft zu nehmen.

Versöhnung über die Gap-Frage?

Paris, 2. Oktober. Wie New York Herald aus Washington meldet, ist Nachrichten aus japanischer Quelle zu folge in der Frage der Insel Gap folgende Regelung so gut wie sicher. Die Vereinigten Staaten erhalten das Kabel von Gap nach Guam, Japan dasjenige von Gap nach Schantung. Holland soll die Kontrolle über das Kabel Gap-Monada angeloben werden. Die Vereinigten Staaten erhalten außerdem das Recht, auf der Insel Gap ein Kabel zu landen, und Rechte an der künftigen Funkstation der Insel.

Zusammenstoß in Baku.

Kopenhagen, 20. September. Nach Meldungen börsenwirtschaftlicher Zeitungen ist es in Baku zu heftigen Zusammenstößen zwischen Truppen und Bevölkerung gekommen. Mehrere hundert Personen sind getötet worden.

Vom Kampfe der Arbeitslosen in England.

London, 1. Oktober. (U.) In Leicester hat ein Zusammenstoß zwischen 600 Arbeitslosen und der Polizei stattgefunden. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch. Zwölf Arbeitslose wurden verwundet und mehrere verhaftet.

Der serbisch-albanische Konflikt.

London, 1. Oktober. (U.) Dem Daily Express aufs folgende ist Jugoslawien erlitten worden, seine Truppen aus dem albanischen Gebiet zuerobern und als Grenzen Albanien die Demarcationslinie von 1918 anzuerkennen. Ein eventueller Einbruch Jugoslawiens und Griechenlands beim Obersten Rat könnte die Entscheidung in der albanischen Frage nicht beeinflussen.

Spanischer Angriff bei Melilla.

Madrid, 1. Oktober. (U.) Die Spanier haben nach einer Erklärung des Kriegsministers am Freitag in der Nähe von Melilla einen großen Angriff unternommen.

Bon Mah und Fern.

Ein ehemaliger Oberleutnant als Zugrüber. Halberstadt, 30. September. Der frühere Oberleutnant Richard Römer aus Gütersloh, der längere Zeit als D-Zug-Römer sein Unwesen trieb und später von hohem Wert räubte, wurde heute zu zwei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Raubüberfall am Wannsee.

Berlin, 2. Oktober. Gestern wurde in den frühen Morgenstunden am Wannsee bei Berlin auf den Polizeikontrollen Friedrich Gerhard aus Berlin ein Raubüberfall verübt. Zwei Männer schlugen ihn hinterher nieder, brachten ihm mehrere Messerstiche bei und warfen ihn in den See. Der Überfallene wurde von Ruderern aus dem Wasser gezogen und in das Krankenhaus transportiert. Seine Verletzungen sind sehr schwerer Natur.

Betrügerischer Apotheker.

Düsseldorf, 1. Ott. Der Apotheker Blaichsta von der Düsseldorfer Apotheke hat einem Schied der Apotheke auf 862 000 Mark auf die Polizei Klage erhoben, daß das Geld ab und ergreift die Flucht.

Fieber auf der Wilhelmshavener Reichswerft.

Wilhelmshaven, 1. Oktober. Ein Großfeuer entstand heute nach Feierabend auf der Reichswerft infolge Explosion eines Sauerstoffbehälters. Die Soldanzüge und die Lüftler sind verbrannt. Der Schaden ist erheblich. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

Erdbewegungen in Kalifornien.

Paris, 1. Oktober. Nach einer Meldung des Neunkircher Herald aus Washington sind gestern in Los Angeles und Salt Lake City Erdbeben verjüngt worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freytag in Leipzig.

Verantwortlich für den Justizteil:

Friedrich Boller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Neues Theater.

Augsburg, den 3. Oktober 1921. Gernau 1456.

Montag, den 3. Oktober 1921. 10 Uhr. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, grün).

Die Bohème.

Scenen aus Henri Murgers "Die Bohème" (Müllerleben) in 4 Bildern von O. Gincos und P. Alten, deutsch von C. Hartmann. Mußt von Giacomo Puccini.

(Eine Operette)

Weltzeitung: Alfred Szenkert. Du Scene gelegt von Karl Schäfer. Personen: Adolph, Peter, Edouard, Müller, Marcel, Miser, Collin, Philoph, Bertrand (Eugen Ohmann, Otto Gottmann, Emilie Schmid, Hans Wulff); Mimi (Else Gottsch-Lernburg); Blaute (Katharina Bernhard); Fernand, der Pantoffler (Emil Scherling); Scarpia (Hans Weiß); Turpin, Schleschandler (Karl Lanz); Bonapart ist der Goldmacher (Max Lou); Goldmünzer (Hermann Eber).

Studenten, Tänzerinnen, Bürger, Verkäufer, Soldaten, Bettler, Kinder. Vorst. um 18.30. 1. und 4. Bild: An der Montparnasse, 2. Bild: Vor dem Großtheater im Quartier Latin, 3. Bild: An der Barrière d'Enfer. Partie nach dem 2. Bild.

Nebenreihen vorbehalten.

Abgabe von Eintrittskarten wegen Umbefestigungen ausgeschlossen. Eintrittspreise: Eintritt 6,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr, Ende gegen 10,- Uhr.

Studenten und Schülerkarten ungültig.

Dienstag, den 4. Oktober: 10. Alte Reichsb.-Vorstellung (1. Polte, rot); Das Glöckchen des Frimmen, Eintritt 7,- Uhr. Eintrittspreise: Eintritt 6,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr. Eintrittspreise: Eintritt 6,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 5. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, weiß); Glöckchen, Eintritt 7,- Uhr.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz (Kaufhaus verboten). Gernau 1416.

Montag, den 3. Oktober 1921. 10 Uhr. Eintritts-Vorstellung

gleichzeitig Antritts-Vorstellung für das Arbeitsverbildungsinstitut (Westend Norben Nr. 41501-1-100).

Baumelle Solnch.

Schonheit in zwei Akten von Karl Ruth.

Regie der großen deutschnationalen.

Die Scene gelegt von Karl Ruth. Personen: Baumelle Solnch (Vilmar Hömer); Herr Ober, Hausarzt (Willy Müller); Dr. Herbart, Hausarzt (Willy Müller); Emil Willefert der Soldat (Edmund Schlageter); Wagner Brodtl (sein Sohn, Bettelmann (Eugen Weber); Anna, Tochter, Hebamme (Maria Gund); Bräutlein (Elise Manni) (Wagnersche Union).

Der alte Handlung. Das Haus des Baumeliers Solnch.

Tante nach dem 2. Bild.

Nebenreihen vorbehalten.

Abgabe von Eintrittskarten wegen Umbefestigungen ausgeschlossen. Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr, Ende gegen 10,- Uhr.

Schülerkarten ungültig.

Dienstag, den 4. Oktober: 10. Alte Reichsb.-Vorstellung (1. Polte, rot); Delftsche Vorstellung für das Arbeitsverbildungsinstitut (Westend Norben Nr. 41501-1-100).

Weltzeitung, den 5. Oktober: 10. Delftsche Vorstellung, am 10. Eintritts-Vorstellung für das Arbeitsverbildungsinstitut (Westend Norben Nr. 41501-1-100); Toppeleibühne, Eintritt 7,- Uhr. Eintrittspreise:

Allgem. Arbeiter-



Bildungs-Institut

Schauspiel, Serie B. Bezirk Norben Nr. 41501 bis 43.000. 16. Vorstellung, Altes Theater, Montag, den 3. Oktober, abends 18 Uhr; Baumeister Solnch von Ibsen, Einzelplatz 5,50 Mt., 3. Rang 1,20 Mt.

Schauspiel, Serie B. Bezirk Westen Nr. 5501-7000. 17. Vorstellung, Altes Theater, Mittwoch, den 5. Oktober, abends 18 Uhr; Der Doppelte Leibtmord von Anzengruber, Einzelplatz 5,50 Mt., 3. Rang 1,20 Mt.

Oper, Serie A. Bezirk Zentrum-Süden Nr. 50001 bis 52.250. 4. Übervorstellung, Neues Theater, Freitag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr; Die Zauberflöte von Mozart, Einzelplatz 12,50 Mt., 3. Rang Mitte 5,00 Mt., 3. Rang Seite 2,75 Mt.

Schauspiel, Serie B. Bezirk Westen Nr. 1-1200. 18. Vorstellung, Altes Theater, Dienstag, den 11. Oktober, abends 18 Uhr; Kabarett und Liebe von Schiller, Einzelplatz 5,50 Mt., 3. Rang 1,20 Mt.

Schauspiel, Serie B. Bezirk Osten Nr. 20001 bis 21.200. 19. Vorstellung, Altes Theater, Freitag, den 14. Oktober, abends 18 Uhr; Der Doppelte Leibtmord von Anzengruber, Einzelplatz 5,50 Mt., 3. Rang 1,20 Mt.

Schauspiel, Serie B. Bezirk Zentrum-Süden Nr. 54.001-56.000. 20. Vorstellung, Altes Theater, Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr; Maria Magdalena von Hebbel, Einzelplatz 4,- Mt., 3. Rang -50 Mt.

Konzert, Serie C. Bez. Westen Nr. 1-Schl. und Norden Nr. 1-Schl. 4. Unterrichtskonzert, Palmenarten, Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 11 Uhr; III. Symphonie-Konzert, Eintrittspreis 6,- Mt.

Karten sind gegen Vorzeigen der Anreisekarten in den bekannten Kaufstellen zu haben. Die aufgerufenen Anreisekarten müssen ihre Eintrittskarten spätestens 3 Tage vor der Vorstellung entnommen haben, sonst erhält der Käufer.

Krystall-Palast

Okttober 1921.

Neuer, glänzender Varieté-Spielplan
Auftritte folgender erstklassiger Künstler:

Fiametta Hildegarde Klassische Tanzkünstlerin

Charmon Steindraht-Akt Skandia-Partner Balance-Rock-Akt

Lorch Familie Die weltbekannten Ikarier

Ernst Scharff Der geniale Musiker 3 Bennos 3 Komische Akrobaten

Henry de Vrys Plastische Schönheiten

Rolf Hansen Zauberer u. Manipulator Richard Kautz Humorist

Thea Alba Das seltsame Mädchen

Anfang 10,- 1/2 Uhr am Messter-Woche Anfang 10,- 1/2 Uhr

Schillerschlößchen 2. Gohlis, Mendelstraße, Straßenz. 6, 12, 18, 20.

Heute von 7 Uhr an

Zideles Oktoberfest u. Rimesball im feinstlich dekorierten Saal.

Da ist Betrieb!

Restaurant Marienburg, Connewitz, Simildenstr. Vereinszimmer frei.

8

Gangjouci

Gente 7 Uhr

Ball

DIE BÜTTEN

Täglich abends 18 Uhr:

12 Sterne vom Varieté- 12

* große Erfolg * *

Im Monat Oktober, wie täglich von allen Basuchern und der gesamten Presse anerkannt wird.

Kommen! Sehen! Staunen!

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 43543), Th Althoff, Petersstr. Konsum, Karl-Heine-Str.

Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr, Ende gegen 10,- Uhr.

Studenten und Schülerkarten ungültig.

Dienstag, den 4. Oktober: 10. Alte Reichsb.-Vorstellung (1. Polte, rot); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr, Ende gegen 10,- Uhr.

Weltzeitung, den 5. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, weiß); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 6. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, gelb); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 7. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, blau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 8. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, grün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 9. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, braun); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 10. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, schwarz); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 11. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, lila); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 12. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellblau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 13. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellgrün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 14. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellrot); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 15. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellblau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 16. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellgrün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 17. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellrot); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 18. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellblau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 19. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellgrün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 20. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellrot); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 21. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellblau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 22. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellgrün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 23. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellrot); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 24. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellblau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 25. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellgrün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 26. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellrot); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 27. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellblau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 28. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellgrün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 29. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellrot); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 30. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellblau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 31. Oktober: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellgrün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 1. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellrot); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 2. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellblau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 3. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellgrün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 4. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellrot); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 5. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellblau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 6. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellgrün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 7. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellrot); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 8. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellblau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 9. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellgrün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 10. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellrot); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 11. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellblau); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Weltzeitung, den 12. November: 10. Eintritts-Vorstellung (1. Polte, hellgrün); Eintrittspreise: Eintritt 7,- Uhr, Eintritt 7,- Uhr.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Barometer Stand	Windrichtung	Gefüllt	Windgesch.	Windrichtung	Windstärke	Wetter- ausblick	Temperatur- extreme
							2. Oktober 1921
über 1000 hPa	82,6	20,1	40	80	4	Heller	Heiße Temperatur 21,4
Über 998 hPa	82,5	9,1	57	NO	1	Salt, veränd.	Heiße Temperatur 40
Über 996 hPa	81,8	11,5	80	8	2	Heller	Regenmenge in mm 0,0

Allgemeiner Wetterbericht: Heller, troh, fallendes Barometer.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Groß-Leipzig. Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 9 Uhr, Vorstandskonferenz im Volkshaus (Nebensaal links). Jeder Ortsverein muss vertreten sein. — Sonntag den 16. Oktober, vormittags 9 Uhr, Halbjahrs-Generalversammlung im Volkshaus (großer Saal).

Alt-Leipzig (Nord-Bezirk). Dienstag, den 4. Oktober, abends 1/2 Uhr, im Restaurant Klösser, Berliner Straße 34, Zusammenkunft der Frauen des Bezirks.

Alt-Leipzig (Bezirk Süden). Das zur Werbewoche ausgebogene Material ist Mittwoch, den 5., und Donnerstag, den 6. Oktober, restlos im Volkshaus, Zimmer 13, abends von 6 bis 8 Uhr abzuliefern.

Es-Schönsfeld. Nächsten Mittwoch Kinderpaziergang, anschließend Spiele. Treffen 1/2 Uhr an der Filiale; Abmarschpunkt 3 Uhr. Bei schlechter Witterung in der Krone.

Es-Söltterich. Morgen abend 8 Uhr Funktionärsfahrt im Volkshaus, Zuckelhäuser Straße. Erscheinen aller Funktionäre und arbeitsfreudiger Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Marktstände. Die für Dienstag angelegte Sitzung der Betriebsobeleute und Funktionäre findet Mittwoch, den 5. Oktober, in der Turnhalle statt.

Kinderhutkommission des Nordbezirkes. Versammlung am Freitag, dem 7. Oktober, abends 7 Uhr, im Rödau-Auswahlkabinett, Elsbethstr. 16. Vortrag des Herrn Regierungsrats Koché über die Tätigkeit des Wohlfahrtsamtes in der Amtshauptmannschaft. Zahlreicher Besuch, vor allen Dingen aus den Orten der Amtshauptmannschaft, wird erwartet. Alle Genossinnen und Genossen, die sich für das Gebiet der Wohlfahrtspflege interessieren, sind eingeladen.

Die Listen der Hakenkreuzler.

In Leipzig verteilen jetzt die Vertrauensmänner des Leipziger Bürgerausschusses in den Häusern Listen zur Vorberatung für die Stadtverordnetenwahl. In der Sophienstraße trat ein junger Mann mit einem Hakenkreuz als Listenverteiler auf, andere Beauftragte des Bürgerausschusses tragen ihr Hakenkreuz nicht auf der Brust, aber nach ihrer Gesinnung sind sie selbstverständlich Hakenkreuzler. Die Liste der Hakenkreuzler will die Bewohner eines Hauses erfassen, die Wahlberechtigten sollen sich in die Liste eintragen, damit die Hakenkreuzler bei der Wahl um so leichtere Arbeit haben. Manche Listen sind überhaupt nicht als Listen der Hakenkreuzler zu erkennen, manche tragen aber auch einen aufgesetzten gelben Zettel mit folgendem Wortlaut:

Wir bitten den Empfänger höflichst, die beifolgende Liste nach vorheriger Umfrage im Hause persönlich deutlich geschrieben auszufüllen und zur baldigen Abholung bereitzuhalten. Auf jeder Liste sind nur die Bewohner eines Hauses einzutragen. Auf die Bedeutung der kommenden Stadtverordnetenwahlen braucht nicht besonders hingewiesen zu werden. Die Parole lautet: Die sozialistische Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium muss gebrochen werden. (An Ihre Stelle will der Bürgerausschuss die Mehrheit der deutschnationalen Menschenmörderfreunde sehen!)

Der Auswand an Mühe ist gering im Verhältnis zu dem, was auf dem Spiele steht. Wir bemerken ausdrücklich, daß diese Listen mit den anonymen Fragezetteln, die vermutlich von den Unabhängigen kommen und vor deren Ausfüllung u. a. auch die Leipziger Neuesten Nachrichten am 24. September gewarnt haben, nichts zu tun haben. Diese Liste soll lediglich die Grundlage für unsere Arbeit am Wahlgange sein.

Der Leipziger Bürger-Auswahlkabinett.

Wer nicht den deutschnationalen Hakenkreuzern Vorwürfe leisten will, der tut gut, die Listen sofort in den Ofen zu stecken, wo sie am besten aufgehoben sind. Die Behauptung des Bürgerausschusses, daß die Unabhängigen anonyme Fragezettel verteilen, ist eine der üblichen Lügen, denn die Vertrauensleute unserer Partei sind angewiesen, die Wähler im Auftrage der Partei zu besuchen und dabei die gestellten Fragen vorzulegen. Die Hakenkreuzler verdienen eine gründliche Wahlniederlage, die ihnen am besten bereitet werden kann, wenn die Wahlarbeit der Haken-

Hundert Prozent.

7] Von Upton Sinclair.

Copyright by Der Welt-Verlag Berlin-Halensee 1921.

Bis zu welchem Maße haben die Regierungsbehörden Amerikas den Roten die durch die Geiste und die Konstitutionen garantierten bürgerlichen Rechte verwelgern müssen? Der Reder, der sich für diese Frage interessiert, sende 25 Cent an die American Civil Liberty Union, 138 West 13th Street, New York, für die Broschüre: "Bericht über die illegalen Handlungen des amerikanischen Justizministeriums," die von zwölf hervorragenden Rechtsanwälten des Landes unterzeichnet ist und ein Gutachten der Harvard-Rechtschule enthält. Diese Broschüre enthält auf 78 Seiten zahlreiche Dokumente und Photographien. Das Vor-gehen der Regierung wird nach sechs Gesichtspunkten hin eingeteilt: Grausame und ungewöhnliche Bestrafungen; Verhaftungen ohne Vollmacht; unvernünftige Haussuchungen und Verhaftnahmen; Tortur; auf Verhöre ausgebürtiger Zwang, Zeugnis gegen sich selbst abzulegen; durch das Justizministerium organisierte und geführte Propaganda. Der Reder frage auch nach einer andern Broschüre mit dem Titel "Memorandum über die Verfolgung der radikalsten Arbeiterverbände in den Vereinigten Staaten," wie auch nach der Broschüre "Kriegsverfolgungen und Massenverbrechen," vom März 1919 datiert, die eine Liste von Fällen aus 40 engbedruckten Seiten enthält. Er lese ferner den Rand School-Ball, veröffentlicht von der Rand School of Social Sciences, 7 East 13th Street, New York, und die Broschüren, die das Bureau der sozialistischen Partei, 220 South Ashland Blvd., Chicago, veröffentlicht hat und die sich mit den Verfolgungen dieser Organisation beschäftigt.

Bis zu welchem Maße hat es sich als notwendig erwiesen, die Tortur in amerikanischen Gefängnissen gegen die Radikalen anzuwenden? Diejenigen, die sich hierfür interessieren, mögen an Harry Weinberger, 32 Union Square New York, schreiben und die Broschüre "Azwanzig Jahre Gefängnis" verlangen, die den

Freudet von vornherein keine Unterstützung bei den Wahlberatern findet. Deshalb ist es für jeden Wähler und für jede Wählerin Pflicht, die Wahlhelfer der Unabhängigen vor und während der Wahl nach Kräften zu unterstützen und den Hakenkreuzern die Tür zu weisen.

Die neue Fernsprechordnung.

Am 1. Oktober ist die neue Fernsprechordnung in Kraft getreten. Nach ihr findet in Ortsnetzen mit mehr als 1000 Hauptanschlüssen ununterbrochener Dienst statt. Die Teilnehmer sprechen, bei denen die zur Vermittlungsstelle führenden Anschlußleitungen endigen, in Hauptstellen. Aus dem Tarif, der im Reichsgesetzbuch mehrere Seiten umfaßt, können wir nur die wichtigsten Gebühren mitteilen. Für den Hauptanschluß wird von jetzt an jährlich eine Grundgebühr von 760 Mark erhoben. Die Kosten eines Nebenan schlusses betragen mindestens 162 Mark für das Jahr. Wird ein Nebenan schluss an Dritte überlassen, so kommen 40 Mark hinzu, so daß sich der Betrag auf 202 Mark erhöht. Daneben muß jedes einzelne Gespräch besonders bezahlt werden. Ein Detogespräch, sowohl am Tage wie in der Nacht, kostet 25 Pfennige. Ist die Leitung belegt, so wird diese Gebühr nicht in Acrechnung gebracht. Ist man falsch verbunden, so muß sofort um Streichung der Gebühr erachtet werden. Für Automatengespräche wird eine Gebühr von 50 Pf. erhoben. Da Mangel an Zehnpfennigstückchen besteht, gibt die Post Wertmarken heraus.

Die Ferngesprächsverbindungen werden in der nachstehenden Weise hergestellt:

1. Dringende Gespräche in reinen Staatsangelegenheiten.
2. Dringende Pressegespräche.
3. Dringende Gespräche.
4. nicht dringende Gespräche.

Fernsprechverkehr oder Bezirksverkehr ist der gegen eine einheitliche Ferngesprächsgebühr zugelassene Gesprächsverkehr auf Entfernung von mehr als 5 Kilometer zwischen den nach früherer Bestimmung der Telegraphenverwaltung zu einem Vorort- oder Bezirkstele vereinigten Ortsnetzen. Die Gebühr für ein nicht-dringendes Gespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer beträgt im Vorort- und im Bezirksverkehr 75 Pfennige. Für Bayern und Württemberg gelten diese Bestimmungen über den Vorort- und den Bezirksverkehr nicht.

Etwas über die böse Volkszeitung!

Unter diesem Titel schreibt uns ein Parteigenosse:

Leider muß man jetzt öfter die Wahrnehmung machen, daß Arbeiter, die in ihrer kommunistischen Zeitung nicht das Richtige finden können, sofort und ohne Überlegung einfach wieder die Leipziger Neuesten Nachrichten bestellen. Schließlich ist es ja kein Wunder, wenn ein ausgesetzter Arbeiter, der höhere Ansprüche an seine geistige Kost stellt, mit dem Roten Kurier nicht dauernd zufrieden sein kann. Aber deshalb darf ein Arbeiter doch nicht zu einem bürgerlichen Blatt greifen. Das nächstliegende wäre doch, daß die Arbeiter, die den Roten Kurier abbestellen, wieder zur Leipziger Volkszeitung greifen. Aber gar mancher tut das nicht. Das ist die Folge der wütenden Schimpferlei der Kommunisten auf die USP, und ihre Preise. Wenn man monatelang diese Schimpferlei gelesen und vielleicht auch selbst mitgemacht hat, dann ist es nur zu verständlich, wenn man dieses Arbeiterblatt zunächst nicht wieder bestellt. Über den Nutzen davon habe ich nur die Kapitalisten, die davon reich werden und die Arbeiter obendrein noch belämmern. Die Aufgabe der Arbeiter muß doch sein: die Befreiung vom Kapitalismus zu erkämpfen. Kein aufrechter Charakter kann der USP. und der Leipziger Volkszeitung abstreiten, daß sie stets zielbewußt für dieses Ziel gekämpft hat. Ruhig, überlegend geht die Volkszeitung ihren Weg, stets darauf bedacht, ein für die Arbeiter erfolgsreiches Ende herzuführen. Ich selbst fühlte vor einiger Zeit, als die unglaubliche Zersplitterei der Arbeiter losging, scheinbare Härte und Fleißlosigkeit der USP. an ihren eigenen Gliedern. Da mir aber Obersichtlichkeit, haupsächlich in der Beurteilung der Menschenseele, verhaft ist, habe ich den Kern gesucht und auch gefunden. Es ist gut, wir können ihn vertrauen. Wir können wieder zusammengehen. Auch den alten Namen können wir beibehalten, zum Andenken an unsre alten Kämpfer, die Gut und Blut dahingegessen haben für den Sozialismus! Was wären die Kommunisten heute, welch schweren Anfang, die Menschheit aufzuläutern, hätten sie, wenn noch keine Sozialisten, keine Wegebereiter gegeben hätte? Und wenn auch keine Macht der Erde die Arbeiter geistig wieder erniedrigen kann, so werden wir doch, getrennt und uneinig, viel schwereren Kämpfen ausgesetzt sein, als einig und zusammengebunden. Kleinliche Verdrießlichkeiten, selbst schwere Meinungsverschiedenheiten, lassen sich leichtlich, auch ohne Spaltung. Nachgiebigkeit gegenüber Geschäftsgenossen bei gutem Willen. Im Ziele sind wir ja doch einig! Darum fest nicht bürgerliche Blätter, sondern die Leipziger Volkszeitung! A. P.

Die halbe Million Mitglieder im Arbeiter-Turn- und Sportbund überschritten!

Die überaus glänzende Entwicklung des Arbeiter-Sportbewegung in Deutschland kommt in der Tatzeck treffend zum Ausdruck, daß der Arbeiter-Turn- und Sportbund jetzt die halbe Million Mitglieder überschritten hat. Darin sind die vier Millionen turnende

Kinder nicht eingerechnet, auch nicht die 90 000 Angehörige des Arbeiter-Wasserpoloverbands, die nächstens zu uns stoßen werden. Diese Entwicklung ist das Werk der deutschen Revolution; sie hat die deutsche Arbeiterchaft von dem ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Druck im Innern befreit und ihr die Möglichkeit der Entwicklung gegeben. Tausenderlei Hindernisse standen früher der Ausbreitung unserer Bewegung entgegen. Neben dem Bügel des Staates stand der Söldling des Kapitalisten und der verbündete Innungskräfte, um nicht nur die Arbeiterjugend, sondern auch den erwachsenen Arbeiter von uns fernzuhalten. Eine ausgedehnte Arbeitszeit bei härtester körperlicher Ausnutzung, gepaart mit einer auf den Penny zugespielten, schlechten Entlohnung ließen Lebensmut und Lebensfreude in der Arbeiterchaft nicht austrommen. Allen diesen Widerräderungen zum Trotz haben wir unter Arbeit fortgeschritten, immer in der stillen Gewissheit, daß eines Tages die Ketten losfallen würden, die uns geistig und körperlich festsetzen. Der starke Glaube an die Menschheit, die nicht zu erschütternde Überzeugung, von der Siegenden Kraft unserer sozialistischen Ideale hat uns aufrichtigen lassen in dem schier ausichtslos erscheinenden Kampf mit den feindlichen Gewalten. Dieser Treue, diesem Berge verhenden Glauben danken wir heute unsre Erfolge. Wenn in dieser Stunde unsre Massen auf ihre schöne, stolze Organisation blicken, dann mögen sie die Lebe für ihr Leben daraus entnehmen: Nur die aufopfernde Hingabe an die als richtig erkannte Sache, der unerschütterliche Glaube an den Sieg dieser Sache und der nie sich bezeugende Wille zum Siege vermögen ein Werk wahrhafter Größe zu vollbringen. Wir Arbeiterturner dürfen von uns sagen, daß wir in den Zeiten schwerster Verfolgung nicht für einen Augenblick den Glauben an unsre Sache verloren haben. Je lastender der Druck der reaktionären Gewalten wurde, um so stärker wurde unser Wille, dem Druck zu widerstehen. Mancher, der sonst andern, nicht minder drängenden und oft sehr lastenden Aufgaben geholfen wäre, ist gerade deshalb bei uns geblieben, weil es ihm lohnt, dem reaktionären Schelm anderthalb entgegenzusehen. Es war stets eine Lücke unter dem Banner unseres Bundes zu kämpfen, und es war herrlich, Kämpfer zu sein. Ein freier Heil heute allen den Tapferen, die seit einem Menschenleben in den vordersten Reihen unseres Volkes stehen, mögen sie in dem kleinen Verein auf dem entlegenen Dorfe einer kleinen, schmuckigen Gepflogenheit die Stile geboten oder in den Kreisen und Bezirken anderthalb entgegenzusehen. Es war stets eine Lücke unter dem Banner unseres Bundes zu kämpfen, und es war

Und nun vorwärts zu neuen Erfolgen! Was einst der Dichter von der Revolution sang, soll auch für einen jeden von uns gelten: Die halbe Million muß zur ganzen gemacht werden. Das ist die nächste Etappe auf dem Wege zu unserem großen Ziele, das wir immer weiter hinausstreden, weil wir immer wieder die Kraft in uns fühlen, die Leistung zu steigern; dafür sind wir Turner und Sportler. Wenn wir einst die Deutsche Turnerschaft überholen haben und damit an die Spitze des großen sportlichen Wettkampfes in der Welt gekommen sein werden, dann erst wird ein wirkliches Eldorado gefeiert werden. Mit diesem Ziel vor Augen, das uns auch nur eine Etappe darstellt, wollen wir weiter an den Start gehen. Man sieht am Bahnhof Steinpeck sein, als die des bürgerlichen Rivalen, der unsamt: Wille, ihn zu bewegen, wird es dennoch schaffen. Frei Heil und vorwärts!

Polizeilicher Schutz für die Monarchisten. Die Siebenundsechzigste feiern ihren Regimentstag, natürlich in patetisch-monarchistischer Aufmachung. Das war zwar verboten, aber nachträglich wurde die Feier doch möglich, weil die Regelungsvorordnung abgeändert wurde. Eine monarchistische Kundgebung in Leipzig muß selbstverständlich mit einem Besuch des Völkerschlachtdenkmales verbunden sein, das gehört dazu. Aber nicht dazu gehört, daß im republikanischen Freistaat die Polizei während der monarchistischen Kundgebung in der Nähe des Völkerschlachtdenkmales in starken Truppen sozusagen in Gefechtsstellung gezeigt wird. Die Kundgebung fand am Sonntag früh statt. Am Eingang zum Völkerschlachtdenkmal ein polizeilicher Doppelposten, der sonst nicht dort steht, ein Polizeiwachmeister, ein Polizeioffizier, weiterhin noch zwei Schutze; das sollte aber: im Wartehäuschen des Südtirolhauses etwa 20 uniformierte Schutze! Wozu dieses Ausgebot? War das etwa zum Schutz der Republik?

Ratsbeflüsse. Genehmigt wurden die Geschäftsberichte der Großen Leipziger Straßenbahn über die Zeit seit der Verstaatlichung der Straßenbahn. Der erste Geschäftsbericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920 und schließt mit einem Fehlbetrag von 6 909 000 M. ab. Der zweite Bericht umfaßt die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921; während dieses Zeitraumes hat sich ein Fehlbetrag von 12 590 000 M. ergeben. Den Stadtvorordneten ist Mitteilung zu geben. — Es wurde beschlossen, die Stelle des Leiters der neu gegründeten Berufsberatungsstelle Herrn Dr. Kurt Künze in Frankfurt a. M. der eine ähnliche Stelle dort bereits bekleidet hat, zu übertragen. — Zugestimmt wurde der Erhöhung der Schornsteinfegerlöhne vom 1. Oktober d. J. ab um 10 Prozent. Zustimmung der Stadtvorordneten ist einzuholen.

Irgendlein Reder, der vielleicht einen besonders ausgesprochenen Sinn für Humor hat, wird fragen nach dem Bruder jenes Senators der Vereinigten Staaten, der verhaftet wurde, weil er einen Abschnitt aus der Unabhängigkeitserklärung vorlas. Auch damit kann ich dienen. Dieser Herr war der Bruder des Senators France of Maryland, und sonderbar genug, die Verhaftung wurde in Philadelphia vorgenommen, derselben Stadt, in der die Unabhängigkeitserklärung angenommen wurde. Ein anderer Reder wieder wird neugierig sein, wen denn der Prediger sei, der in Winnipeg verhaftet wurde, weil er den Propheten Jesaja zitierte. Der Abschnitt aus der fraglichen Aussagekristal lautet folgendermaßen: "... das J. S. Woodsworth im Monat Juni, im Jahre des Herren 1919 in der Stadt Winnipeg, gelegen in der Provinz Manitoba, ungesetzlicherweise und in aufrechterhaltender Weise Schriftschriften veröffentlicht hat, in denen sich folgende Worte finden: 'Wehe den Schriftschriften, die unrechte Gesetze machen und die unrechtes Amt erledigen, auf daß sie die Sachen der Armen beugen, und Gewalt üben im Recht der Elenden unter seinem Volk; daß die Witwen ihr Raub und die Waisen ihre Freude sein müssen... Sie werden Häuser bauen und bewohnen, sie werden Weinberge pflanzen und derselben Früchte essen, sie sollen nicht bauen, daß ein anderer bewohne, und nicht pflanzen, daß ein anderer esse, denn die Tage meines Volkes werden sein wie die Tage eines Baumes, und das Werk ihrer Hände wird alt werden bei meinen Auserwählten.'"

In diesem Buch wird auch der Centralia-Hall erwähnt. Niemand wird mit Recht behaupten können, daß er die Technik, die Roten niedergehalten, bis auf ihren Grund verstanden hat, wenn er nicht diesen Hall genau studiert hat; daher lasst jeder

des "Großen Geschäftes" 50 Cent entweder an das Hauptquartier der J. W. 1000 West Madison Street, Chicago, schicken, um sich das Büchlein "Die Centralia-Geschwörung" von Ralph Chaplin zu verschaffen. Derselbe hatte als Rechtsanwalt mit dem Centralia-Prozeß zu tun, hat alle Einzelheiten gesammelt und zusammengestellt und sie nun mit Photographien und anderen Dokumenten veröffentlicht.

Noch eine ganze Reihe anderer Geschichten über die J. W. W. werden im Laufe des Romans "Hundert Prozent" erzählt. Der Reder wird wissen wollen, ob diese Leute wirklich so gefährlich sind und ob die Geschäftsfreunde Amerikas sie wirklich so wie hier beschrieben behandeln haben. Der Reder wende sich wiederum an den Hauptautor der J. W. W. und verlange die derselbe geschriebene Broschüre: "Mit Blut ist die Geschichte der Industriearbeiter der Welt geschrieben." Trotz des Umstandes, daß hier nur ein nachlässiger Sachbericht gegeben wird, gibt es sehr viele Menschen, die sich lange in den Gefangenissen der Vereinigten Staaten aufzuhalten müssen, weil man in ihrem Besitz die Broschüre "Mit Blut" sind. Über die Reder dieses Buches, sicherlich alles "hundertprozentige Amerikaner", werden gewiß ihre Fertigkeiten, die Roten zu vernichten, erweitern wollen und sich in keiner Weise durch die Taktik der "Geschäftsfreunde" getroffen fühlen. Auch glaube ich, daß die Geschäftsfreunde nichts dagegen haben werden, wenn ich einige Absätze aus der Broschüre hier nachdrucken, damit die Deßentlichkeit einmal einsieht, wie gefährlich diese Roten schreiben können:

Ich werde natürlich ihrem aufrechterhaltenden Beispiel nicht folgen und mein Papier mit großen Tropfen imitierten Blutes beschreiben. Ich atme:

Das Ministerium des Innern kann diese Hinauschiebung einordnen.

S. 2.

Im Falle der Hinauschiebung erlöschen die Rechte der bis zum 31. Dezember 1921 im Amt befindlichen Gemeindevertreter erst am Wahltag.

In der Begründung wird gesagt: In verschiedenen Teilen des Landes schwelen zur Zeit zwischen Gemeinden Verhandlungen über Eingemeindungen, die am 1. Januar 1922 wirksam werden sollen. Soweit die beteiligten Gemeinden unter das Gesetz über Neuwahlen in den Gemeinden vom 28. Juni 1921 (GBl. S. 201) fallen, würden unmittelbar vor der Eingemeindung Gemeindevertreter-Neuwahlen vorgenommen sein. In den Gemeinden, die ihre Selbständigkeit am 1. Januar 1922 aufgeben wollen, würden diese mit Opfern an Zeit und Geld verbundene Wahlen zwecklos sein, weil die neu gewählten Gemeindevertreter ihr Amt nicht mehr antreten können. Anderseits aber würden die Einwohner dieser Gemeinden nicht an den bis zum 31. Dezember 1921 zu vollziehenden Gemeindevertreterwahlen in den Gemeinden teilnehmen können, wohin die Eingemeindung erfolgt. Sie würden also bis zur nächsten allgemeinen Neuwahl von jedem Einfluss auf die Zusammensetzung der Gemeindevertretung dieser Gemeinden ausgeschlossen sein, obgleich sie vom 1. Januar 1922 ab dort Gemeindeangehörige sein sollten. Dies erscheint unbillig. Der vorliegende Entwurf gibt deshalb in solchen Fällen die Möglichkeit, die Wahlen ein Vierteljahr hinauszuschieben. Dieser Zeitpunkt ist ausreichend und notwendig, um nach der Eingemeindung das Wahlverfahren durchzuführen. Um irgendwelchen unzureichenden Widerständen innerhalb der Gemeindevertretungen begegnen zu können, soll das Ministerium des Innern das Recht haben, die Hinauschiebung der Wahlen anzunehmen.

Die Vorlage soll morgen im Landtag mit beraten werden.

Auflösung des Landespreisamts.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab ist das Landespreisamt und sein Beirat aufgelöst. Die Abwicklung der wegen Preisstreberei, Schleichhandel und Schleicherförderung nach dem 1. Oktober noch laufenden Geschäfte des Landespreisamts erleidigt das Polizeipräsidium Dresden. Im übrigen ist die Bekämpfung der Preisstreberei, des Schleichhandels und der Schleicherförderung Sach der örtlichen Polizeibehörden. Die Geschäfte der bisherigen Abteilung II des Landespreisamts übernimmt die Landespreisprüfungsstelle. Sie untersteht der Aufsicht des Wirtschaftsministeriums.

Die Landespreisprüfungsstelle hat das Recht, zur Durchführung ihrer Aufgaben Fachausküsse zu bilden. Bei der Berufung der Mitglieder der Fachausküsse sind von den gesetzlichen Vertretungen und freien Vereinigungen der beteiligten Kreise Vorschläge einzuholen. Die Landespreisprüfungsstelle wird ermächtigt, die Rechte zum Zwecke der Durchführung der ihr gestellten Aufgaben auszuüben. Aufgabe der Landespreisprüfungsstelle ist die Prüfung von Preisbeschwerden, sowie der Preisentwidlung aller Art. Sie hat insbesondere

a) die örtlichen Preisprüfungsstellen mit Anweisungen und mit Anleitungen zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben zu versehen,

b) die ihr bekannt werdenden Angaben über Preise und preisbildende Tatsachen zu sammeln und zu verarbeiten, die Verbandspreise zu beobachten, Preis-, Lohn- und Gehältervergleiche anzustellen, Preisaufstellungen und die ihnen zugrunde liegenden Bewältigungen zu prüfen, Kalkulationsgrundlage aufzustellen usw.,

c) für die allgemeine Verwertung der von den Preisprüfungsstellen in ihren Bezirken gemachten Erfahrungen zu sorgen.

d) auf Eruchen der Behörden bei Preis- und Wirtschaftsstämmen statitisches Material zu beschaffen.

e) in allen die Preisverhältnisse betreffenden Fragen die Ministerien zu beraten und auf Eruchen an Behörden und Gerichte Gutachten zu erstatten.

Mit der Auflösung des Bundeslebensmittelausstausch am 1. Oktober wird auch die Preisstelle bei der 5. Abteilung als besondere Stelle aufgehoben. Die Verordnungen der 5. Abteilung des Wirtschaftsministeriums werden in Zukunft durch die Staatskanzlei verhandelt werden. Im Verlehr der Abteilung mit der Preisstelle tritt jedoch keine Veränderung ein. Regierungsrat Dr. Schmidt-Leonhardt ist als Preistreter bestellt worden und zu Auskünften auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft nach wie vor ausdrücklich ermächtigt.

Vorstandssitzung des Sächsischen Gemeindetages.

Es wird uns geschrieben:

Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages hat am 28. September im Rathaus zu Meißen eine Sitzung abgehalten, in der zunächst die noch erforderlichen Vorbereitungen für die allgemeine Mitgliederversammlung des Sächsischen Gemeindetages am 7. und 8. Oktober d. J. in Chemnitz getroffen wurden. Der Vorstand hat sich nochmals mit den über die beiden Themen zu dem von der Regierung vorgelegten Entwurf einer neuen sächsischen Gemeindeordnung „Gemeindeversammlung“ und „Gemeinde und Beirat“ zu haltenden Referaten beschäftigt. Aus den Ausführungen der anwesenden Berichterstatter ist schon jetzt zu erkennen, daß die Tagung außerordentlich interessant an werden verpricht, da die Auswahl der Vortragenden dem Gesichtspunkt Rechnung trägt, daß der Entwurf der neuen Gemeindeordnung sowohl von sachverständigen als auch von parteipolitischer Seite beleuchtet werden kann. Von den Berichterstattern sollen als Grundlage ihrer Ausschriften Beiträge ausgestellt werden, die den Teilnehmern an der Mitgliederversammlung gebracht zur Verfügung gestellt werden.

Weiter hat sich der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages erneut mit der Frage der Übernahme der höheren Schulen auf den Staat beschäftigt. Die Wünsche der Gemeinden sind in zweierlei Richtung zum Ausdruck gekommen. Während die größere Zahl sich für eine restlose Übernahme, d. h. für eine Übernahme der Verwaltung und der Lasten auf den Staat ausspricht, tritt ein anderer kleinerer Teil energisch dafür ein, die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden freiwillig nicht noch weiter zu beschränken, vielmehr vom Staat eine größere geldliche Unterstützung zu verlangen. Es ist hierbei zu beachten, daß die Ausgaben mancher Gemeinden für ihre höheren Lehranstalten besonders aus dem Grund außerordentlich gewachsen sind, weil viele Schulen in weitem Umfang mit von ortsfremden Schülern besucht werden.

Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages ist zu der Auffassung gelangt, daß eine restlose Übernahme der höheren Schulen auf den Staat im Interesse der Aufrechterhaltung der gemeinschaftlichen Selbstverwaltung auf diesem Gebiete nicht in Frage kommen könne, doch vielmehr vom Staat nachdrücklich eine größere geldliche Unterstützung zu fordern sei unter besonderer Berücksichtigung der Schulen, die zu einem wesentlichen Teile mit von ortsfremden Schülern besucht werden.

Keine Monarchisten?

S. K. Als einer der vernünftigsten Volksparteileiter gilt mit Recht der früher volksparteiliche Reichsjustizminister und Blaefanzer Dr. Heinze. Er gehört zu den wenigen Volksparteileuten, die — anders als Herr Dr. v. Campe — den Kapp-Putsch nicht mitgemacht haben; er gehört zu den wenigen Volksparteileuten, die offen und ehrlich am 10. Mai für die Annahme des Ultimatums eingetreten sind.

Dieser Dr. Rudolf Heinze ist nun Mitherausgeber der im Verlag von Otto Liebmann erscheinenden Deutschen Strafrechtszeitung. Der Verlag Otto Liebmann mit seiner Deutschen Juristenzeitung und Deutschen Strafrechtszeitung ist eine der gefährlichsten Brüderstätten des Monarchismus und der Klassenjustiz. Im April dieses Jahres konnte man nun auf dem Titelblatt der Deutschen Strafrechtszeitung unter den Namen der Herausgeber lesen: Dr. Rudolf Heinze, Königlich sächsischer Justizminister a. D., Reichsminister der Justiz. Gegenwärtig liegt man auf dem Titel der Deutschen Strafrechtszeitung: Dr. Rudolf Heinze, Königlich sächsischer Justizminister a. D. Herr Heinze hat entweder vergessen, daß er einmal Reichsjustizminister der Republik gewesen

ist oder er schämt sich gar dieses Titels. In jedem Falle ist er stolz darauf, daß er ein paar Wochen lang Justizminister des Königs Friedrich August gewesen ist. Wenn das schon einer der als „radikal links“ gerichteten Volksparteileiter tut, dann kann man erwischen, wie „ehrlich“ das Bekennnis seiner nach rechts orientierten Freunde zur Republik ist. Und mit dieser Partei wollen die Führer der SPD gemeinsam die monarchistischen Gelüste verteidigen.

Steuersonderwünsche der sächsischen Handwerker.

Der Landesausschuß des sächsischen Handwerks hat in einer Eingabe vom Reichsfinanzministerium gefordert, daß ein gewisser Teil des Einkommens der selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden von der Einkommensteuer frei bleibe, wenn dieser Beitrag nachweislich für eine Lebens-, Kapital- oder Rentenversicherung verwendet wird, und insbesondere bei dem kommenden neuen Vermögenssteuer die noch nicht fälligen Anprüche aus Lebens-, Kapital- oder Rentenversicherungen nicht als abgabepflichtiges Vermögen zu betrachten. Auch dem Reichswirtschaftsrat werden diese Forderungen unterbreitet.

Bau eines Elbhafthausens.

Der Elbhafthausen in Wendischfähre bei Schandau a. d. Elbe, dessen Errichtung schon im Frieden geplant war, wird, wie aus Dresden gemeldet wird, jetzt endlich gebaut. Das fünfgeschossige Hausgebäude ist bereits abgesteckt und der erste Spatenstich getan. Der Bau wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen und vielen Arbeitern und Arbeitslosen Beschäftigung bieten. Der fünftägige Bau soll der Oberbaudirektion Schrey gegen Sturm, Hochwasser usw. bieten.

Dresden. In Pöschwitz ereignete sich in der Nacht zum Freitag ein schweres Autounfall, das zwei Menschenleben gefordert hat. Es handelt sich um eine Probefahrt mit einem reparierten Kraftwagen. Der Autofahrer fuhr mit voller Kraft gegen einen Straßenbahnmast, so daß die beiden von ihm mitgenommenen Fahrgäste herausgeschleudert wurden. Der eine war auf der Stelle tot, der andere erlag seinen Verletzungen im Johannisstädter Krankenhaus. Der Autofahrer kam mit geringeren Verletzungen im Gesicht davon.

Dresden. Da eine kleine Besserung des Elbmästerstandes eingetreten ist, die voraussichtlich von Bestand sein wird, nimmt die Sächsisch-Böhmishe Dampfschiffahrtsgesellschaft ihre Fahrten wieder bis Leitmeritz auf.

Dresden. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Dresden wurde anlässlich einer Aussprache über Freifahrtscheine für die Straßenbahngäste darauf hingewiesen, daß eine neue Erhöhung der Fahrtpreise für einfache Fahrt von 1 Mt. auf 1,50 Mt. in Aussicht steht. Weiter wurde die Erhöhung der Schulgelder für die höheren Unterrichtsanstalten von durchschnittlich 25 Prozent beschlossen.

Freiberg. Mit dem 1. Oktober d. J. wird in Freiberg die dreijährige Pflichtfortbildungsschule für Bäcker eingeführt. Der Unterrichtsplan umfaßt außer Deutsch, Lebenskunde, Staatsbürgerkunde auch Haushaltungsfunde, Kochen, Nähen, Plätteln, Waschen, Haushaltrechnen, Haushaltbuchführung, Nahrungsmittellehre, Kinder- und Krankenpflege. Auch Turnen und Gesang sollen gepflegt werden.

Aus der Umgebung.

Bezirkssvorstand Grimma.

A. Die Bestände an Zucker, die bei den Kleinbüdern und Konsumvereinen noch vorhanden sind, werden freigegeben und können in kleineren Mengen im einzelnen nicht über ½ Pfund, unter Einhaltung der bisherigen Höchstpreise, abgelegt werden. Zu berücksichtigen sind in erster Linie Familien mit Säuglingen und kleinen Kindern. Die beim Großhandel und Zwischenhandel noch vorhandenen Bestände — auch wenn der betr. Groß- oder Zwischenhändler gleichzeitig Kleinhandel betreibt —, bleiben beschlagnahmt.

Baalsdorf. Wirklich idyllische und patriarchalische Zustände herrschen in den Baalsdorfer Tonwerken. Um die Arbeiterschaft über ihr Elend hinwegzutäuschen, werden mit Hilfe besonders „lückiger“ Leute Feiertäfelchen veranstaltet, die in voll, humoristischen Vorträgen u. ä. bestehen. Die Feiertäfelchen beträgt 20 Mt. für einen Teilnehmer. Das Komitee ist der Meister Oskar Hirsche, welcher natürlich keinerlei Beeinflussung treibt. Reiche Jungen behaupten, daß am 3. September d. J. 350 Mt. Ueberhaupt zu einem Festessenbeitrag für das Komitee verwendet worden sind. Ueberhaupt scheint der Herr Hirsche eine besondere Auffassung von seiner Funktion zu haben, denn die Nichtteilnehmer werden mit allerlei kleinen Schikanen bedacht. Der Herr ist sehr betriebsam, hat nebenbei die Kantine und fordert diejenigen, die Ueberhaupt machen wollen, auf, die Meldung persönlich in der Kantine zu machen!! Bei der Feiertäfelchen am 3. September brachte der Herr Schreckenbach ein Hoch auf „das zukünftige Deutschland, wie es sein soll“ aus. Daraus kann man ersehen, daß sich die „Arbeiter“, die an solchen Feiertäfelchen teilnehmen, alles bieten lassen. Statt ihre Arbeiterinteressen mit Nachdruck zu vertreten und gewerkschaftlich und politisch ihren Verpflichtungen nachzukommen, machen sie jeden von solchen eigenartigen Elementen arrangeriert. Klimbim mit, sonst könnten sie ja „fliegen“. — Dafür sind diese Arbeiter aber auch stramme „Kommunisten“! Die klassenbewußte Baalsdorfer Arbeiterschaft muß dafür sorgen, daß solche Zustände baldigst verschwinden.

g. Rötha. Aus dem Stadtgemeinderat. Unter gesetzlichen Mitteilungen gibt der Bürgermeister bekannt, daß die Sparkasse einen großen Barbelland an Rassenmitteln hat. Davon hat die Sparkasse 360 000 Mt., die Schulklasse 50 000 Mt. und die Landeskantonskasse 64 000 Mt. gehort, lehnte gegen Hinterlegung von Wertpapieren. — Es werden dann verschiedene Rechnungen aus den Rechnungsjahren 1916 bis 1919 richtiggeprochen. — Der Nachtrag zur Wertzuwachssteuer wird gegen die Stimmen der Herren Kästner, Klein und Scheffel angenommen. Vorgesetzter war Tarif B, hierzu erschien Stadtrat Kästner, daß die Tarif einer Eröffnung des erzielten Gewinnes gleichkomme und er würde nur dem Tarif A zustimmen können, daher stimmen sie gegen den Nachtrag. — Es wird dann das Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden besprochen und beschlossen, die neuen Vertreter erst zu benennen, wenn die Stadtverordnetenwahlen stattgefunden haben. — Ein Antrag unseres Genossen, bei der kommenden Stadtverordnetenversammlung die Wählerlisten getrennt nach Männern und Frauen aufzustellen, wird besprochen und in der nächsten Sitzung nochmals vorgelegt. Es soll durch die getrennte Aufstellung besonders viel Arbeit erwecken, wie der Bürgermeister erklärt, was aber unsere Genossen nicht einschauen können. Stadtverordneter Genosse Böhm fragt den Bürgermeister Stadtrat Kästner, ob er sich nunmehr überlegt hat, wo die Arbeiterversitzer Anträge bewilligt haben, wo keine Bedarf vorhanden gewesen sei. Zur Aufklärung sei angeführt, daß Stadtrat Kästner unserer Genossen den Vorwurf gemacht hatte, sie bewilligten immer neue Ausgaben und sorgten nicht für deren Deckung. Kästner erklärte, daß er damit den Beschlüsse über die Anschaffung von Wassermessern meine, denn die Summe von 100 000 Mt. für die Messer sei nicht vorhanden. Die Ausrede ist recht mager, wenn sonst kein anderer Beschluss nachgewiesen werden kann, soll Herr Stadtrat Kästner in Zukunft lieber schwelen und nicht unnötige Debatten im Gemeinderat herorruhen. Wegen den obigen 100 000 Mt. sei noch bemerklich, daß diese von den Hausbesitzern und Mietern gemeinsam getragen werden, um eine gerechte Verteilung des Wasserzinses zu gewährleisten. — In der nächstöffentlichen Sitzung wurden noch die Bitten der Gustav-Appel-Stiftung verlesen.

g. Keine Monarchisten?

S. K. Als einer der vernünftigsten Volksparteileiter gilt mit Recht der früher volksparteiliche Reichsjustizminister und Blaefanzer Dr. Heinze. Er gehört zu den wenigen Volksparteileuten, die — anders als Herr Dr. v. Campe — den Kapp-Putsch nicht mitgemacht haben; er gehört zu den wenigen Volksparteileuten, die offen und ehrlich am 10. Mai für die Annahme des Ultimatums eingetreten sind.

Dieser Dr. Rudolf Heinze ist nun Mitherausgeber der im Verlag von Otto Liebmann erscheinenden Deutschen Strafrechtszeitung. Der Verlag Otto Liebmann mit seiner Deutschen Juristenzeitung und Deutschen Strafrechtszeitung ist eine der gefährlichsten Brüderstätten des Monarchismus und der Klassenjustiz. Im April dieses Jahres konnte man nun auf dem Titelblatt der Deutschen Strafrechtszeitung unter den Namen der Herausgeber lesen: Dr. Rudolf Heinze, Königlich sächsischer Justizminister a. D., Reichsminister der Justiz. Gegenwärtig liegt man auf dem Titel der Deutschen Strafrechtszeitung: Dr. Rudolf Heinze, Königlich sächsischer Justizminister a. D. Herr Heinze hat entweder vergessen, daß er einmal Reichsjustizminister der Republik gewesen

Gerichtsaal.

Schössengericht.

Wie eine neue Bewirtschaftung ihren Besitzungsanspruch erbrachte.

Unter dieser Überschrift erschien in dem Zentralblatt des Bundes sächsischer Gewerbe vom 12. Mai ein Artikel, der sich mit der neuen Bewirtschaftung des Palmengartens in Leipzig unter dem Stadtrat a. D. Herrn Adolf Böhme beschäftigte. Durch den genannten Artikel fühlte sich Herr Böhme beleidigt und strengte gegen den Schriftleiter des Zentralblattes, Herrn Wagner, eine Beleidigungslage an, die am 24. September verhandelt wurde.

In dem zur Verleihung gebrachten Artikel wird u. a. gelegt, daß die Stadtverordneten, als sie am 15. Dezember 1920 der Ratsvorlage zur Übernahme des Palmengartens zustimmten, noch die Bedingung stellten, daß dem Generaldirektor, dem Gartendirektor und dem Wirtschaftsdirektor ihre Stellungen für den nächsten Zeitpunkt gekündigt würden. Am 31. Dezember 1920 seien dann die Kündigungen ausgesprochen worden. Unter den Bekündigten befand sich auch Herr Böhme als Generaldirektor. In dem Artikel wird nun behauptet, daß er Ende März mit offizieller Befreiung ab. Diese frei gewordene Stellung übernahm Herr B. Es heißt dann weiter: „Nem der Herr sein Amt gibt, dem gibt er auch den dazu erforderlichen Verstand.“ — Sehr bald hat sich auch eine günstige Gelegenheit, seine Befähigung zu beweisen. Wenige Tage vor dem 31. März kündigte er in einer der nicht gerade häufigen Aufsichtsratssitzungen an, daß er aus seinem Vorstandoame ausscheiden werde, wenn der Aufsichtsrat nicht anders beschließe. Der Erfolg war, daß dem Generaldirektor das Gehalt auf 24 000 Mt. rückwärts vom 1. Februar 1921 erhöht wurde. In unmittelbarem Anschluß an die Aufsichtsratssitzung lehnte dann der neue „Wirtschaftsdirektor“ sofort den Vorwurf seiner Befreiung ab. Eines der Schweine, die sein Vorgänger großgezogen, hatte sehr bald nach Einführung der „neuen Bewirtschaftung“ sein Leben lassen müssen, und der Herr Aufsichtsratsmitgliedern wurde nach gelauer Arbeit eine Rostprobe geboten. Alles war fabelhaft, und beständig zogen die Aufsichtsräte von dannen. Berücksichtigen verblieb ihnen aber, daß der neue Direktor, der sich eines neuen Kontrollsystems rühmt, die sterblichen Überreste des Schweins zu einem bestreunten Mutterhof nach Probstheida hatte transportieren lassen, wo das Schlachthaus vor dem Gelehr zu befinden, denn wohl nur aus diesem Grunde hat er — man höre! — gegen seinen Vorgänger bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Beamtenbestechung erichtet.“ Es ist gerade wunderbar, wie sich Herr Adolf Böhme jetzt, nach der Kriegzeit, mit ihrer Zwangsbewirtschaftung, in der Rolle eines fanatischen Gesetzeswählers gefällt. Einmal hört man es anders! Als einst eine hohe amtliche Leipziger Persönlichkeit sich wegen Kollision mit den Zwangsbewirtschaftungsverschärfungen ohnigvoll hinter schwedischen Gardinen beim Stai hockt, da war dem Leiter der Leipziger Mehlbewirtschaftungsstelle (Herrn Böhme! D. B.) die Rolle des vierzigsten Mannes zugedacht. — Interessant sind auch einige niedliche Brieftasche, Kleide- und Juwelenstücke.

Der Angeklagte bestritt, den Kläger beleidigt zu haben. Er habe in Wahrheit berechtigte Interessen gehandelt; einmal weil die Bewirtschaftung des Palmengartens öffentliches Interesse hat und weiter weil die Wirtschaft des Palmengartens als städtischer Unternehmens die Gastronomie, deren Interessen er wahrschneiden habe, besonders interessiere. Der Vorwürfe betonte, daß der Artikel beleidigend wirke und er dem Angeklagten daher der Schutz des § 187 verliegen müsse. Wenn Gastwirtschaftkreise sich dagegen wenden, daß ein solches Unternehmen von einem Nichtfachmann geleitet werde, so ist es doch heute so, daß man im allgemeinen vor der Einstellung von Fachleuten absicht, wie es sich auch bei der „Hauptmannschaft“ zeigt. Der Kläger bestritt auf Grund seiner Tätigkeit als Bäcker und Konditor als Nichtfachmann bezichtigt zu werden, ebenso bestritt er, irgendwelche Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gemacht zu haben. Im Verlaufe der weiteren Verhandlung kommt folgender Vergleich zu stande:

Der Beschuldigte erklärt, daß er dem Privatkläger nicht persönlich habe treffen wollen, sondern daß er lediglich im Interesse seines Standes geschrieben hat.

Der Beschuldigte erklärt, daß er nach dem inzwischen erfolgten freiwilligen Ausscheiden des Privatklägers aus der Leitung des Palmengartens die leitenden Neuherungen des Aufsichtsrates mit Bedauern zurücknimmt und auf den tatsächlichen Nachweis verzichtet.

Die außergerichtlichen Kosten werden geteilt.

Der Beschuldigte erklärt sich bereit, den Wortlaut der Erklärung in der nächsten Nummer seiner Zeitung zu veröffentlichen.

Veranstaltungskalender.

Montag, den 3. Oktober:

U.S.V.D. Deutscher Funktionäre, Vater Jahr 1/8 Uhr.

U.S.V.D. Deutscher Gauführer, Bürgergarten 8 Uhr.

Bauarbeiter, Volkshaus 1/8 Uhr.

Buchbinderei, Etui- und Kartonagenarbeiter, Volkshaus 1/5 Uhr.

Metallarbeiter, Vehlinge, Terrasse Kleinzschocher, Goldner Adler, Lindenau, Goldner Adler, Möckern, Kahlers Festhalle, Volksspielbühne, 2 Lindenau 1/7 Uhr.

Dienstag, den 4. Oktober:

Zweckige Bekanntmachungen.

Zuckerverteilung an die Kinder bis zu 2 Jahren.

Auf die Marke U 3 der Lebensmittelkarte für Kinder bis zu 2 Jahren, die in der Zeit vom 26. bis 28. September 1921 beim Kleinhandels ausgeben war, wird neben den Nahrmitteln noch 400 Gramm Zucker ausgeteilt. Die Kleinhandler haben den Zettel bei der Firma Leopold Robisch, Dörfner Straße 8, vom 5. Oktober 1921 an zu entnehmen und sofort an die Verbraucher zu verteilen.

Gesundheitsamt Leipzig, am 1. Oktober 1921.

USPD. Groß-Leipzig

Mödern Heute Montag, den 3. Oktober, 18 Uhr abends: Halbjahrs-Generalversammlung. I.-D.: 1. Bericht des Gen. Secr. Diese: Das Wollen unserer Genossen im Ratskollegium. 2. Diskussion. 3. Bericht des Schatzmeisters. 4. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. Mittwoch, den 5. Oktober, nachmittags 14 Uhr: Treffen aller Kinder des Ortsvereins im Carolabau (Turnhalle) zur Fortsetzung der Kinderspiele. Sonntag, den 9. Oktober: Tagessammlung für Kinder. Sammeln früh 9 Uhr am Carolabau. Näheres wird noch bekanntgegeben. Für die Kinder sind in nächster Zeit ein Besuch des Puppentheaters statt. Karten durch die Bevollmächtigten. D. O.

Die gemeinschaftliche Versammlung
der
Brauerel- u. Mühlenarbeiter u. verw. Ber.
Bäcker und Konditoren und verw. Berufe
Fleischer und verw. Berufe

am Dienstag, dem 4. Oktober, im Volkshause,
beginnt nicht um 6 Uhr, sondern 18 Uhr.

Glaser

am Dienstag, dem 4. Oktober, im Volkshaus, Kolonn.

Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit der Innung und des Schlüssel-

auschusses.

Es ist unbedingte Pflicht, daß alle Kollegen in dieser

Versammlung erscheinen. Die Lohnkommission.

Verein
Volksaufklärung
Leipzig-West

Mittwoch, 5. Oktober
abends 5 Uhr

Bersammlung

im Volkshaus, Kolonn.

Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit der Innung und des Schlüssel-

auschusses.

Es ist unbedingte Pflicht, daß alle Kollegen in dieser

Versammlung erscheinen. Die Lohnkommission.

Dienstag, 4. Oktober, 8 Uhr abends

Grosse Versammlung im Zentraltheater

Stellungnahme zur Verurteilung

Gustav Wyneken

Jugendverbände unentgeltlich. Karten zu 2 und

3 Mk. bei Gelsner, Neumarkt (Ecke Kupferkessel),

und Walter Tietz (Neulandhaus), Johanniskirche 30.

Bund für Freie Schulgemeinden

Ortsgruppe Leipzig. M.

Reichsbund Kriegbeschädigten... Kriegshinterbliebenen.

Bezirksversammlungen:

Westen II: Dienstag, 4. Okt., in Stadt Merseburg, Amt.

Westen I: Mittwoch, 5. Okt., im Bürgergarten, Kleinstadt.

Zentrum: Mittwoch, 5. Okt., im Regierheim, Nordhalle

Süden: Mittwoch, 5. Okt., in der Veteranenhalle, Connewitz,

Norden: Donnerstag, 6. Okt., im Schillerländer, Görlitz

Osten: Donnerstag, 6. Okt., in den Drei Mohren.

Hauptgeschäftsstelle: Robert Wurmstädt, L.-Schleußig, Rödelstraße 1, III.

Aufnahmestellen:

Westen I: Aug. Krüger, Kleinstadt, Würzburger Str. 85

Westen II: Franz Helbig, Lindenau, Dahlemannstraße 14

Zentrum: Robert Goldstein, Leipzig, Reitstraße 10

Süden: Otto Hoyer, Connewitz, Scheffelstraße 24, II.

Norden: Otto Grunert, Görlitz, Schillerstraße 24

Osten: Alfred Wolf, Johanniskirche 21, dort.

Die Kameraden und Kameradinnen des ehem. Einheitsverbandes, welche in den Drei Lilien für den Reichsbund gekommen waren und alle dienenden, welche zum Reichsbund übertraten wollen, sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Der Vorstand.

Wurmsdorf, L.-Schleußig, Rödelstraße 1, III.

Aufnahmestellen:

Westen I: Aug. Krüger, Kleinstadt, Würzburger Str. 85

Westen II: Franz Helbig, Lindenau, Dahlemannstraße 14

Zentrum: Robert Goldstein, Leipzig, Reitstraße 10

Süden: Otto Hoyer, Connewitz, Scheffelstraße 24, II.

Norden: Otto Grunert, Görlitz, Schillerstraße 24

Osten: Alfred Wolf, Johanniskirche 21, dort.

Die Kameraden und Kameradinnen des ehem. Einheitsverbandes, welche in den Drei Lilien für den Reichsbund gekommen waren und alle dienenden, welche zum Reichsbund übertraten wollen, sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Der Vorstand.

Wurmsdorf, L.-Schleußig, Rödelstraße 1, III.

Aufnahmestellen:

Westen I: Aug. Krüger, Kleinstadt, Würzburger Str. 85

Westen II: Franz Helbig, Lindenau, Dahlemannstraße 14

Zentrum: Robert Goldstein, Leipzig, Reitstraße 10

Süden: Otto Hoyer, Connewitz, Scheffelstraße 24, II.

Norden: Otto Grunert, Görlitz, Schillerstraße 24

Osten: Alfred Wolf, Johanniskirche 21, dort.

Die Kameraden und Kameradinnen des ehem. Einheitsverbandes, welche in den Drei Lilien für den Reichsbund gekommen waren und alle dienenden, welche zum Reichsbund übertraten wollen, sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Der Vorstand.

Wurmsdorf, L.-Schleußig, Rödelstraße 1, III.

Aufnahmestellen:

Westen I: Aug. Krüger, Kleinstadt, Würzburger Str. 85

Westen II: Franz Helbig, Lindenau, Dahlemannstraße 14

Zentrum: Robert Goldstein, Leipzig, Reitstraße 10

Süden: Otto Hoyer, Connewitz, Scheffelstraße 24, II.

Norden: Otto Grunert, Görlitz, Schillerstraße 24

Osten: Alfred Wolf, Johanniskirche 21, dort.

Die Kameraden und Kameradinnen des ehem. Einheitsverbandes, welche in den Drei Lilien für den Reichsbund gekommen waren und alle dienenden, welche zum Reichsbund übertraten wollen, sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Der Vorstand.

Wurmsdorf, L.-Schleußig, Rödelstraße 1, III.

Aufnahmestellen:

Westen I: Aug. Krüger, Kleinstadt, Würzburger Str. 85

Westen II: Franz Helbig, Lindenau, Dahlemannstraße 14

Zentrum: Robert Goldstein, Leipzig, Reitstraße 10

Süden: Otto Hoyer, Connewitz, Scheffelstraße 24, II.

Norden: Otto Grunert, Görlitz, Schillerstraße 24

Osten: Alfred Wolf, Johanniskirche 21, dort.

Die Kameraden und Kameradinnen des ehem. Einheitsverbandes, welche in den Drei Lilien für den Reichsbund gekommen waren und alle dienenden, welche zum Reichsbund übertraten wollen, sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Der Vorstand.

Wurmsdorf, L.-Schleußig, Rödelstraße 1, III.

Aufnahmestellen:

Westen I: Aug. Krüger, Kleinstadt, Würzburger Str. 85

Westen II: Franz Helbig, Lindenau, Dahlemannstraße 14

Zentrum: Robert Goldstein, Leipzig, Reitstraße 10

Süden: Otto Hoyer, Connewitz, Scheffelstraße 24, II.

Norden: Otto Grunert, Görlitz, Schillerstraße 24

Osten: Alfred Wolf, Johanniskirche 21, dort.

Die Kameraden und Kameradinnen des ehem. Einheitsverbandes, welche in den Drei Lilien für den Reichsbund gekommen waren und alle dienenden, welche zum Reichsbund übertraten wollen, sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Der Vorstand.

Wurmsdorf, L.-Schleußig, Rödelstraße 1, III.

Aufnahmestellen:

Westen I: Aug. Krüger, Kleinstadt, Würzburger Str. 85

Westen II: Franz Helbig, Lindenau, Dahlemannstraße 14

Zentrum: Robert Goldstein, Leipzig, Reitstraße 10

Süden: Otto Hoyer, Connewitz, Scheffelstraße 24, II.

Norden: Otto Grunert, Görlitz, Schillerstraße 24

Osten: Alfred Wolf, Johanniskirche 21, dort.

Die Kameraden und Kameradinnen des ehem. Einheitsverbandes, welche in den Drei Lilien für den Reichsbund gekommen waren und alle dienenden, welche zum Reichsbund übertraten wollen, sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Der Vorstand.

Wurmsdorf, L.-Schleußig, Rödelstraße 1, III.

Aufnahmestellen:

Westen I: Aug. Krüger, Kleinstadt, Würzburger Str. 85

Westen II: Franz Helbig, Lindenau, Dahlemannstraße 14

Zentrum: Robert Goldstein, Leipzig, Reitstraße 10

Süden: Otto Hoyer, Connewitz, Scheffelstraße 24, II.

Norden: Otto Grunert, Görlitz, Schillerstraße 24

Osten: Alfred Wolf, Johanniskirche 21, dort.

Die Kameraden und Kameradinnen des ehem. Einheitsverbandes, welche in den Drei Lilien für den Reichsbund gekommen waren und alle dienenden, welche zum Reichsbund übertraten wollen, sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Der Vorstand.

Wurmsdorf, L.-Schleußig, Rödelstraße 1, III.

Aufnahmestellen:

Westen I: Aug. Krüger, Kleinstadt, Würzburger Str. 85

Westen II: Franz Helbig, Lindenau, Dahlemannstraße 14

Zentrum: Robert Goldstein, Leipzig, Reitstraße 10

Süden: Otto Hoyer, Connewitz, Scheffelstraße 24, II.

Norden: Otto Grunert, Görlitz, Schillerstraße 24

Osten: Alfred Wolf, Johanniskirche 21, dort.

Die Kameraden und Kameradinnen des ehem. Einheitsverbandes, welche in den Drei Lilien für den Reichsbund gekommen waren und alle dienenden, welche zum Reichsbund übertraten wollen, sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Der Vorstand.

Wurmsdorf, L.-Schleußig, Rödelstraße 1, III.

Aufnahmestellen:

Westen I: Aug. Krüger, Kleinstadt, Würzburger Str. 85

Westen II: Franz Helbig, Lindenau, Dahlemannstraße 14

Zentrum: Robert Goldstein, Leipzig, Reitstraße 10

Süden: Otto Hoyer, Connewitz, Scheffelstraße 24, II.

Norden: Otto Grunert, Görlitz, Schillerstraße 24

Osten: Alfred Wolf, Johanniskirche 21, dort.

Die Kameraden und Kameradinnen des ehem. Einheitsverbandes, welche in den Drei Lilien für den Reichsbund gekommen waren und alle dienenden, welche zum Reichsbund übertraten wollen, sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Der Vorstand.

Wurmsdorf, L.-Schleußig, Rödelstraße 1, III.

Aufnahmestellen:

Westen I: Aug. Krü

Reichstag.

Berlin, 1. Oktober 1921.

Präsident. Löbe eröffnet die Sitzung 10 Uhr 15 Minuten. Die deutchnationale Interpellation, betreffend den Stand der deutschen Ralata, wird von der Regierung in der geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebenen Frist beantragt werden. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Befreiung der

Interpellation der USPD, über die Durchkreuzung der republikanischen Regierung.

Abg. Barth (Komm.) beantragt, den von seiner Fraktion eingeholten Amnestie-Gesetzentwurf auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Wegen der bevorstehenden Verlegung des Reichstag schlägt Präsident Löbe vor, diesen Entwurf mit zur heutigen Beratung zu stellen. Es wird so beschlossen.

Abg. Marx (Itr.) bedauert den Verlauf der gestrigen Debatte. Wir haben in Weimar nach opferreichen Kämpfen eine Verfassung geschaffen, an der wir festhalten müssen. Wir lehnen jede Aenderung der Verfassung als unzweckmäßig ab und werden uns mit aller Entschiedenheit jedem Versuch — kommt er von rechts oder links — die Verfassung gewaltsam zu beseitigen, widersehen. Die Republik muss verlangen, daß man ihre Verfassung hochhält. Die Deutchnationalen haben sich bitter über die Verordnung beschwert, sie ein Ausnahmegesetz nennen. Es gibt doch kein Ausnahmegesetz, an dem nicht die frühere konservative Partei außerordentlichen Anteil genommen hätte. Die Verordnung ist kein Ausnahmegesetz, sondern ein Notwehrgesetz. Die große Hölle des Maritals, das der Reichsfanaten und andre hier angeführt haben, beweist, daß gerade aus den Kreisen, die sich national nennen, der Republik große Gefahren drohen. Ich kann hier erläutern, daß Zentrum steht geschlossen hinter Dr. Wirth. Wir freuen uns, daß der Konflikt mit Bayern durch die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden ist. Wir im Westen leiden sehr schwer unter den Unruhen, die mit den nationalen Feiern und ähnlichen Veranstaltungen begangen werden. (Lebhafte Sehr richtig!) Wir sind nun einmal ein geschlagenes Volk und müssen damit rechnen. Es kann die Zeit kommen, wo wir sagen, unsre Zeit ist zu Ende. Dann mögen andre auch die schwere Last der Regierungsarbeit einmal übernehmen und leben, wie sie es besser machen können. Angesichts der Gefahren müssen wir uns sagen, wie müssen politisch arbeiten. Opfer bringen, uns über die Westanschauungen hinweg die Hände reichen zu gemeinsamer Arbeit. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Thiel (D. V.): bemüht sich, durch die Erörterung von Neuerungen der Arbeiterpresse den Anschein zu erwecken, als sei dort die Mordhölle betrieben worden. Er beschwert sich, daß nicht alle seiner Meinung nach herbergen Neuerungen der Arbeiterpresse zu strafrechtlichen Verfolgungen führen. Gegenüber den Ausführungen des Genossen Dittmann sucht er seine Partei reinzuwaschen von der Beteiligung an der Mordpropaganda. Er meint, wir seien in innerpolitische Zustände hineingezogen, die eine große Gefahr bedeuten, wenn nicht endlich die Regierung der Propaganda von der Linken ein entschiedenes Halb zurück. Aus der Nede des Reichstagsablers habe mehr der Partemann als der Staatsmann gesprochen. Wir müssten von ihm erwarten, daß er sich nicht gegenüber dem terroristischen Verhalten der Massen der Linken weiter laub verhalten würde.

Reichsinnenminister Dr. Gräfner: Unser politisches Leben ist außerordentlich aufgewühlt. Aber wir wollen uns doch darüber klar sein, daß wir all die unliebsamen Vorgänge, von denen der Vorredner gesprochen hat, dem Mord an Erzberger zu verdanken haben. Wir haben auch bei dem Kapp-Putsch erlebt, daß nach der Abwehr des Überfalls das Pendel weit nach links ausschlug. Das ist immer so gewesen bei solchen Bewegungen. Die Gewalttätigkeit von Eiselsberg hat die Verordnung des Reichspräsidenten notwendig gemacht. (Zuruf: Unerhörbar!) Ich habe bereits am 1. September gefragt, daß die Verordnung sich nicht gegen Parteien richten, daß sie angewendet werden soll gegen alle, die die Verfassung gefährden, ganz gleich, von welcher Seite die Gefahr kommt. Glauben Sie denn, daß ich, der ich Jahrzehnte lang im Zeitungswesen tätig war, ein Vergnügen daran finde, Gazetten zu genieren? Aber die gewaltige Ausdehnung, die unsre Pressefreiheit erfahren hat, und der Missbrauch, der damit getrieben wird, hat es notwendig gemacht. Zweifellos haben die Rechtsbolcheviks die Verordnung veranlaßt. Aber nachdem sie einmal da war, habe ich ebenfalls keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie gegen jede gefährbringende Hege angewendet werden müsse. In einer Aussprache mit den Kommunisten haben mir die zugestanden, daß das Geschimpfe aus der Zeitung fernbleiben muß. Der Ton ist auch in der kommunistischen Presse ein anderer geworden, so daß ein Vorgehen gegen sie nicht mehr notwendig ist. In den ersten Tagen nach dem Mord Erzbergers sind allerdings Taten vorgekommen, die jetzt nicht mehr notwendig sind. (Lärm. — Hört, hört! — Zuruf: Nicht mehr notwendig!) Die Herren der Rechten sind jetzt so heilsamponierte Verfechter der Pressefreiheit, aber es ist doch eine Tatsache, daß sie früher, als sich die Presseverbote gegen die Parteien der Linken wandten, nichts dagegen einzuhören hatten. (Lärm rechts. Stürmisches Sehr wahr! Links.) In einem Rundschreiben an die Regierungsstellen ist ausdrücklich gesagt worden, daß es nicht Zweck der Verordnung sei, die Pressefreiheit einzuschränken, sondern nur gegen grobe Ausschreitungen und Aufruhrungen zu Gewaltstaten vorzugehen werden sollte. Auch hinsichtlich der Versammlungen haben wir angeordnet, daß dort, wo sich ein ruhiger Verlauf der Versammlung durch Verstreuungen irgendwie ermöglichen läßt, von einem Verbot abgesehen werden soll. So haben wir auch hinsichtlich der Verbote von Feiern gefordert, nichts unversucht zu lassen, die Schwierigkeiten auszugleichen. Es ist in der heutigen Zeit nicht leicht, die Ruhe und Ordnung im Staate aufrechtzuerhalten, trotzdem muß das Bestreben des Staates dahin gehen, dieses Ziel zu erreichen, sonst wären wir in Kämpfe Mann gegen Mann hineingekommen. Die Verordnung des Reichspräsidenten hat unendlich großen Nutzen gebracht. Es ist, das hat auch die gestrige und heutige Debatte gezeigt, eine gewisse Entspannung eingetreten. Es ist ein Unglück unseres Landes, daß welche Kreise nicht mehr imstande sind, ruhig und sachlich zu denken. (Lärm rechts.) Sie mögen mit Jurute machen, so viel Sie wollen. Die Schuld, die auf Ihrer Seite liegt, waschen Sie nicht weg. (Sehr richtig! Links.) Wir können solche Dinge, wie wir sie in den letzten Wochen gehabt haben, nicht weiter brauchen. Sorgen wir dafür, daß wir besseren Zeiten entgegen gehen. (Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Staatsminister Freiherr von Brandenstein: Es ist falsch anzunehmen, daß wir in Thüringen, wie es hier vom volksparteilichen Redner dargestellt wurde, die Verantwortung in Weimar verbolen hätten, weil es sich um den Deutchnationalen Handlungsschiffenverband handelte. Für so bedeutend halten wir den Deutchnationalen Handlungsschiffenverband nicht, daß wir gegen ihn mit Verböten vorgehen müßten. (Lärm und Sehr gut!) Das Programm war ein Programm, wie sie früher bei den Sebansfeldern üblich waren. Damals war die Lage so, daß der Minister des Innern unverantwortlich gehandelt hätte, wenn er die Verantwortung gestattet hätte. Heute sind die Geister wieder ruhiger geworden, heute werden wir wohl eine Verständigung finden können. (Bei den weiteren Ausschreibungen wird der Redner fortgesetzt vom Entzündungsstücke der Deutchnationalen und der Deutschen Volkspartei unterbrochen, in dem die Ausschreibungen untergingen.)

Abg. Koch (Dem.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Verordnung notwendig ist, gleichmäßig nach jeder Seite gehand-

habt werden muß und daß sie nicht von langer Dauer sein kann. Heute ist sie noch notwendig, aber wir haben das Vertrauen zu der Regierung, daß sie sie aufheben oder durch gesetzliche Maßnahmen ersetzen wird, sobald es möglich ist. Wir wollen die Sicherung einer einheitlichen Politik des Reiches. Was die Auswahl der Regierungsgremie betrifft, stehen wir auf dem Standpunkt, daß man nicht die Beamten auf die Regierungsparteien verteilen soll, sondern daher nehmen muß, woher man sie bekommen kann. Denn wenn ein Beamter seinen Aufgaben nicht gewachsen ist, so fällt das nicht auf die Partei, der er angehört, sondern fällt auf das Konto der Republik. Wenn die Beamten ihre Gewissensbisse haben, die sie früher gehabt haben, so ist ihnen das nicht zu verbüßen. Wenn sie aber in parteipolitische Agitation oder sonstwie sich gegen die republikanische Verfassung wenden, so muß mit ihnen Schluss gemacht werden. Hoffen wir, daß das Kabinett die Erfüllung bald zu einem Kabinett der Verjährung werde. (Bravo! bei den Dem.)

Abg. Beierle (D. V.): Die Bayerische Volkspartei hat sich nicht von Herrn von Kahr getrennt. Alle Gelüste nach einem Rechtsputsch in der bayerischen Regierung sind auf das allerentschiedenste abzudrehen versucht worden. Die Ereignung über den bayerischen Ausnahmezustand ist doch etwas flüchtig. Es waren doch auch sozialistische Minister, die ohne ihn nicht auskommen könnten. Die Bayerische Volkspartei steht auf dem Boden des verfassungsmäßigen Zustandes.

Abg. Jellin (Komm.): Die Verordnung ist weiter nichts als Ausnahmezustand in Bayern. Sie kann ausgelegt, es kann ihr untergelegt werden, was immer man will. Von der Rechten ist sie über Gewalt gegelegt worden. Gewalt ist weder gut noch böse, weder reaktionär noch revolutionär, sie wird erst gut oder böse, je nachdem sie angewendet wird. Die Verordnung aber wird, obwohl zum Schutz der Republik gegen Angriffe von rechts geschaffen, gegen das Proletariat angewendet werden. Die Verordnung ist verfassungswidrig. Ihre Durchführung, die nach der Verfassung der Reichsregierung zusteht, ist durch die "Verständigung" in die Hände der Ränder gelegt. Herr Herzl hat den Schalaten Wilhelm Liebknecht gegen die Ausnahmeverordnung herauszitiert. Die Freunde der Deutchnationalen waren es, die das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie geschaffen und in der schärfsten Form gegen denselben Liebknecht gehandelt haben. Sie würden auch, wenn sie nur sicher wären, daß die Verordnung vom 28. September lediglich gegen links sich richtet, ihr ohne weiteres zustimmen. Wir fordern Amnestie für politische Straftaten. Diese Maßnahme muß ausgedehnt werden auf die Verurteilten in der mitteldeutschen Aufstandsbewegung. Wir fordern Amnestie auch für Högl. Dieser Mann ist von seiner Kindheit an durch die Hölle gegangen. Sie (nach rechts) wollen die Hölle verewigigen, obwohl Sie nicht das mindeste Recht dazu haben. Högl war in Civil ein besserer Mensch als jeder Kriegsverbrecher. Wir fordern die Regierung auf, die preußische Regierung zu erneuern, die berüchtigte Schieferlaß von Heine aufzuheben. Wie kommen im großen und ganzen hierher mit den Unterlagen, welche die Unabhängigen zum Schutz der Republik eingesetzt haben. Die Schüsse auf Erzberger sind die logische Folge der Versäumnisse der bisherigen Regierungen. Der einzige Schutz der Republik ist die Einheitsfront der Arbeitenden und Entrechteten, an Stelle der Einheitsfront des Proletariats sehen wir eher eine Einheitsfront von Stresemann über Stinnes bis Westarp. Nicht im Schachter um Regierungsposten wird das Proletariat die Macht erhalten, sondern nur im Kampf von Klasse zu Klasse. In dieser Zeit geht es für das Proletariat um Leben und Sterben. Das Proletariat muß sich zusammenziehen, um die Angriffe des Unternehmertums abzuwehren. Ebenso muß es geschlossen zusammenstehen zurVerteidigung Sowjetrusslands.

Abg. Levet (Komm. Arbeitsgemeinschaft): Die Mörder Erzbergers sind ein ganz bestimmter Teil der Gesellschaftsstruktur, wie sie aus dem Kriege hervorgegangen ist. Die in den Märzauftand verwickelten Arbeiter waren ehrliche und nur für einen falschen Zweck missbrauchte Leute. Gegen diese ist man mit einer Stärke vorgegangen, die jeder Beschreibung spottet. Daß diese Atmosphäre, die den Mord an Erzberger vorbereitete, entstehen konnte, war auch die Schuld der Regierungshöchster. Wie mir bekannt ist, sind die badischen Behörden abends um 11 Uhr in München angelommen. Um 8 Uhr aber reisten die beiden Mörder Erzbergers ab. Wie sind sie so schnell zu der Kenntnis von dem Eintreffen der badischen Behörden gekommen? Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Diktatur des Proletariats, aber auch wir werden die demokratische Republik, wie sie heute besteht, verteidigen. Es ist auch eine Aufgabe der Kommunisten, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen zur hinzuhörenden Verteidigung der Republik.

Ministerpräsident Oester - Braunschweig:

Es ist hier über die Entlassung von Polizisten in Braunschweig gesprochen worden. Es ist richtig, daß bei uns in Braunschweig 54 Polizisten entlassen wurden. Sie sind entlassen worden, weil sie der Stahlhelm-Organisation angehören. Ich stehe auf dem Standpunkt, der der Herr Reichsminister des Innern hier heute zum Ausdruck gebracht hat. Wir sind gewillt, die gegenwärtige Verfassung zu schützen. Wenn Sie (nach rechts) sich dagegen wenden, dann sind Sie unsre Feinde, dann werden wir uns gegen Sie mit den Mitteln des Staates wenden. Es ist immer mit einer gewissen Boswilligkeit über Braunschweig seit Beginn der Revolution 2 Personen getötet worden sind, und zwar beim Einzug der Soldaten, aus Versetzen, nicht mit Absicht, wie man sagte. Aber während der ganzen Zeit ist nicht eine einzige Plünderung, nicht eine Verstörung vorgekommen. Als die Reichswehr in Braunschweig einzog, hat es die ersten Toten gegeben. Dann kam der Kapp-Putsch, bei dem es wieder Opfer kostete in Braunschweig. Seitdem ist in Braunschweig kein Menschenopfer mehr gefallen. Es ist viel von Ausschreitungen in Braunschweig geredet und geschrieben worden. Ein großes Geschrei wurde erhoben über die Entlassung von 54 Beamten der Sicherheitspolizei. Der Herr Minister des Innern, Dr. Gräfner, hat mit Recht ausgeführt, Staat und Staatsorganisationen haben für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Stahlhelmorganisation aber schickten ihrerseits Potsdamer aus 18-jährige Burschen, die auf eigene Faust "Ruhe und Ordnung" machten. Das konnten wir nicht dulden; auch nicht, daß polizeiliche Beamte Mitglieder einer solchen "Stahlhelmorganisation" sind. Wir haben daher die 54 Beamten entlassen und wie werden diesen Weg weiterziehen. (Bravo! links.) Einmal hat es in Braunschweig Ausschreitungen gegeben, nachdem sie aber geweldet waren, war in 4½ Minuten die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt. Wir haben die Herzl-Vermählung in Braunschweig verboten. Die Deutchnationalen sind uns nicht so schwäbische Bürger, daß wir wegen unangemessener Veranstaltungen die Arbeit mit uns in Konflikt bringen. (Großer Lärm rechts.) Wir werden keine Politik treiben, die die Konterrevolution gegen die Arbeiterschaft. Verantwortlich sind wir den Parlamenten in unseren Ländern, nicht dem Reichstag. (Bravo! bei den U. S.)

Abg. Dr. Rosenfeld (USP):

beginnt seltsame Ausschreibungen mit einer Reihe, den Nationalisten recht unangenehmer Erinnerungen an Neuheirungen aus ihren eigenen und ihnen nahestehenden Lagern, die schlagende Beweise für die Mordpropaganda im allgemeinen, sowie für die Mordpropaganda gegen Erzberger im besonderen sind. Er fährt dann fort: Ich muß sagen, daß auch der Anschlag auf Erzberger durch die Deutchnationalen Mörderklage wieder einmal gezeigt hat: die Deutchnationalen sind ein Teil von jener Kraft, die niets das Beste will und stets das Gute schafft. Obwohl die Arbeiterschaft gespalten ist in zahlreiche Parteien, erhob sie sich nach der Ermordung

Erzbergers wie ein Mann. Die Arbeiter-Bataillone marschierten plötzlich in gleichem Schritt und Tritt. Minutenlanger Lärm vor Lachen.) Sie haben sich vielleicht bei der Demonstration in die letzten Kesterlöcher verkrochen und wissen daher nichts von ihrer Größe und Wucht. Gewiß ist die heutige demokratisch-kapitalistische Republik nicht das Ideal einer Staatsverfassung. Gewiß ist die Weimarer Verfassung nicht das Ziel unserer Wünsche. Unsre Wünsche gehen über deren Rahmen hinaus. Wenn aber von rechts gegen diese Verfassung und gegen die Republik angerichtet wird, wenn die Gefahr einer Wiedererziehung der Monarchie ersteht, dann ist unsre Parole: Alles für die Republik, alles gegen die Bourgeoisie! In meiner Freude kann ich konstatieren, daß auch die beiden kommunistischen Redner Levi und Jellin sich genau auf denselben Standpunkt gestellt haben: gegen die Monarchie die Republik zu verleidigen mit aller Kraft, über die die Arbeiterschaft verfügt. So haben wir es gehalten nach dem Kapp-Putsch und so führen wir auch jetzt den Kampf, der mit der Ermordung Erzbergers begann. Er ist noch nicht abgeschlossen, er hat erst begonnen. Wir werden ihn führen, bis die Republik gegen alle Angriffe der Monarchisten sichergestellt ist. Ich betrachte die Schonung der Nationalisten beim Ausbruch der Revolution als verhängnisvoll, und ich kann Ihnen sagen, daß die Arbeiterschaft sich einmütig darin darstellt, bei nächster Gelegenheit die gleiche Schonung der Herren nicht wieder zulassen zu lassen. (Lärm und Hört, hört! rechts.) Es muß nachdrücklich darauf gezeigt werden, daß das deutsche Volk über das verbrecherische Treiben aufgeklärt wird. Nach der Ermordung Erzbergers sind eine Reihe Fortsetzungen von der deutschen Arbeiterschaft erheben worden; nicht eine einzige ist bloße Verweilhaft worden. All die Einrichtungen, durch die der Mord an Erzberger, Gareis und anderen Vorlämpfern der Arbeiterschaft ermöglich wurde, bestehen in Bayern weiter. Der bayerische Gesandte Preyer erklärte, das Empfinden Bayerns müßte stark angejaht werden. Er wollte die Parole ausgeben: Kommunikation Bayerns darf entgegen. Preyer erklärte, die Kabinettsgouvernance genieße in Bayern noch große Popularität, so daß ein Rücktritt des bayerischen Ministeriums unter Umständen sogar eine Bewegung im bayrischen Volke auslöse und gegenüber dem Gedanken des Reichsbeamten auf jeden Fall zu beachten wäre. Er spielte hier also mit der bewaffneten Erhebung der bayerischen gegen die Reichsregierung.

Der Ausnahmezustand muß fallen. Wir haben schon vor Monaten die bedingungslose Aufhebung gefordert. Unser Antrag wurde abgelehnt. Wäre er angenommen worden, vielleicht wäre der Mord an Erzberger unmöglich gewesen. Als der Reichstag vertrat, forderten wir die Aufhebung des Ausnahmezustandes vom Reichspräsidenten. Bald darauf hielt es, jedenfalls würde der Ausnahmezustand aufgehoben, bevor der Reichstag zusammentrete. Er ist zusammengetreten. Der bayerische Ausnahmezustand besteht weiter. Die Reichsregierung erklärt, sie könne nicht warten auf den Reichstag, es sei Aufgabe der Regierung, selbst vorzugehen. Sie hat aber zuhinter dem Ausnahmezustand bestehen lassen. Dann hielt es: erst Aufhebung des Ausnahmezustandes, dann die Verordnung des Reichspräsidenten abändern. Die Verordnung ist längst abgeändert, der Ausnahmezustand besteht weiter. Deshalb müssen wir sagen: so bedeutsam vorgenommene Aufhebung des Belagerungszustandes ist, so wichtig es ist, daß wir durch die Reichsregierung die Ausnahmezustand erhalten haben, daß der Ausnahmezustand fällt, befreidigen kann uns dies nicht. Wir werden erst befreit sein, wenn der Ausnahmezustand aufgehoben ist. Die Regierung ist bis jetzt Schritt für Schritt, Langsam, aber sicher, zurückgewichen. Wir wollen uns mit einer Verordnung nicht diplomieren lassen. Wenn die Reichsregierung die Republik schützen will, mag sie gesetzgeberische Wege beschreiten. Die Verordnung ist dehnbar, ist Kaufschul, kann gegen gegen jeden der Regierung mächtiger Politiker angewendet werden. Darum ist sie gefährlich. Innerhalb Bayerns versagte die Reichsregierung so sehr, daß durchaus mit Recht harte Gesetze werden kann, die Einigkeit zwischen Bayern und dem Reich bedeutet den Sieg des südleristischen Standpunktes. Es kam aber darauf an, diesen bayrischen südleristischen Standpunkt zu verhindern. Die Reichsregierung hat sich nach und nach jede Handhabe aus der Hand nehmen lassen. Ursprünglich konnte der Reichsminister des Innern nach Bayern schreiben wegen eines Verboots der Zeitung. Das Verbot war auszuführen. Jetzt hat die Reichsregierung nur das Recht, nach Bayern zu schreiben und zu erzählen, daß bestimmte Zeitungen verboten werden. Der Reichsminister des Innern hat nicht mehr Recht wie jeder Privatmann, der auch nach Bayern schreiben kann. Wenn die bayrische Regierung ablehnt, diesem Schreiben nachzukommen, was geschieht dann? Dann kann die bayrische Regierung sich an den Reichsratsausschuß wenden. Nun ist es immerhin denkbar, daß der Reichsratsausschuß wirklich einmal einer Verordnung oder Fassung des bayrischen Ministeriums nicht Folge gibt. Dann hat die bayrische Regierung das Recht, sich nochmals an den Reichsratsausschuß zu wenden. Der Reichsratsausschuß hat dann nur in anderer Beziehung zu entscheiden. Damit ist die Handhabung einer Verordnung, wie wir sie verlangen müssen, unmöglich geworden.

Die Zustände in der Justiz bedürfen einer dringenden nachdrücklichen Remedie. Dr. Gumbel, der das lebenswerte Buch zwei Jahre Mord herausgegeben hat, ergänzt seine darin angeführte Statistik. Danach sind 335 Menschen in Deutschland aus politischen Gründen umgebracht worden: davon 319 durch Anhänger rechtsstehender Parteien und 16 angeblich durch Kommunisten. Nicht mitgerechnet sind die Opfer der Straßenkämpfe. Nicht mitgerechnet sind die von den Kriegsgerichten verurteilten. Nicht mitgerechnet sind 150 Todesfälle, die bisher noch nicht hinreichend aufgeklärt sind. Gegen Arbeiters sind 538 Jahre Zuchthaus, Gefängnis und Festung verhängt worden, 40 andre zu langjährigen Strafen verurteilt. Dr. Gumbel hat festgestellt, daß die 16 angeblich von Kommunisten verübten Morde mit 8 Todesurteilen, 239 Jahren Zuchthaus und Gefängnis und in einem Falle mit lebenslänglichen Zuchthaus geahndet wurden. Was ist geschehen zur Ausführung all dieser Morde? Arbeiters sind 1870 Jahre Zuchthaus, Gefängnis und Festung verhängt worden, 40 andre zu langjährigen Strafen verurteilt. Der Reichsminister des Innern hat nicht mehr Recht, sich hierher und beschwert sich über seine so genannten Gewalttätigkeiten, unter denen sich auch die barbare Demonstration gegen die Anwohner Holstenths befindet. Was bedeuten die Vorwürfe gegen die abhängigen Gewalttätigkeiten gegen Recha Lüemburg, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, etc. Bedarf es noch eines Beweises, daß die Justizverwaltung gründlich umgeformt werden muß? Und bedarf es überhaupt eines Beweises, zu der Forderung der Säuberung der Verwaltung überhaupt, und der Reichswehr? Die Zustände in der Verwaltung sind einfach unvereinbar mit der deutschen Republik.

Wir haben Ihnen einen Gelehrtenwurf zum Schuh der Republik vorgelegt. Zu meiner Freude haben sich auch die kommunistischen Redner Levi und Jellin vollkommen auf den Boden dieses Gelehrtenwurfs gestellt. Auch Scheidemann hat sich dehnbar ausgesprochen und sogar erklärt, daß die Forderungen der Reichsjustizisten noch weitergehen. Wir geben uns gar keine Illusion hin, daß mit Inkrafttreten des Gelehrtenwurfs die Republik sichergestellt sei. Wir müssen sehr wohl, dann längst die Arbeit erst an. Wir müssen uns jedoch weit davon entfernen, den Beamten etwa zu nahe zu treten. Wir können auch darauf hinweisen, daß wir seit jetzt in der Fürsorge für die Beamten uns von seiner Partei haben überzeugen lassen. Wir werden darin fortsetzen. Einiges anderes ist es, die Republik zu sichern gegen monarchistische Anschläge. Es ist das Gebot der Stunde, an Stelle der heutigen Scheindemokratie eine wirkliche Demokratie zu errichten. Hinlänglich der Reform der Justiz bleibend wir unsre alten Forderungen greifen: Wahl der Richter durch das Volk. Wir haben längst erkannt, daß die Unabdingbarkeit der

